

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 208 SONNTAG, 6. Juni 1937

Aus dem Inhalt:
Vierzehn Jahre Sozialdemokratie
Mord im Konzentrationslager
Die braune Schlammlut
Die Friedensoffensive als
Kriegslist

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Schüsse gegen das deutsche Volk

Das Verbrechen von Almeria — Vorbereitung künftiger Katastrophen

Die Beschließung der spanischen Hafenstadt Almeria durch deutsche Kriegsschiffe ist eine schändliche Tat, ein Ausfluß verbrecherischer Gewaltgesinnung. Sie ist zynischer noch als die Verbrechen deutscher Flieger in Guernica — denn die Tat von Almeria ist von der deutschen Regierung befohlen worden. Der Tod der Frauen und Kinder, die in Almeria von deutschen Granaten zerfetzt worden sind, ist von der deutschen Regierung gewollt worden, er wird von ihr mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, und sie rühmt sich amtlich ihrer Tat.

Wäre eine solche Tat von der Regierung eines demokratischen Landes befohlen worden, so hätte sich in Parlament und Presse und Öffentlichkeit ein Sturm leidenschaftlicher Empörung gegen die verbrecherische Unmenschlichkeit eines solchen Vorgehens erhoben. Die Demokratie ist ein Korrektiv gegen verbrecherischen Machtwahn und militaristische Blutgier. Da in Deutschland die Demokratie zerbrochen ist, kann die herrschende Clique das Volk mit solchen Taten beschmutzen — sie hat die Demokratie zerbrochen, um freie Bahn für solche Taten zu haben.

Der Ueberfall der deutschen Kriegsschiffe auf Almeria ist ein Höhepunkt in der Geschichte der deutschen und italienischen Intervention in Spanien. Die Diktatoren sind immer nervöser geworden, je weiter sie die Aussicht auf den Erfolg der Rebellen verschwinden sahen, je stärker sie den diplomatischen Druck empfanden, der auf die Beendigung der Intervention abzielt. Der Angriff auf Bilbao stockt — und die Methode des Angriffs hat moralischen Zorn und Abscheu in der ganzen Welt gegen die Diktaturen gesammelt. Sie haben in der dreistesten Weise das Nichtinterventionsabkommen gebrochen. Sie haben die Balearen zu einer Basis für die neuen Angriffe gemacht, die sie gegen das republikanische Spanien planen. Von hier aus haben sie ihre Flugzeuge gegen Barcelona und Valencia geschickt, hier ist die Basis für ihre Unterseeboote, von denen eines, dessen Nationalität nicht erkannt wurde, einen spanischen Passagierdampfer ohne Warnung torpediert hat, wobei 50 Passagiere ums Leben gekommen sind. Hier treffen neue Flugzeuge aus Deutschland und Italien ein, hier bereiten sie sich vor auf den Gaskrieg aus der Luft gegen die Städte des republikanischen Spanien. Sie mißbrauchen die Seekontrolle zur Begünstigung der Rebellen, und als die spanische Regierung Flugzeuge einsetzte zur Aufklärung und zur Bekämpfung der Rebellen auf den Balearen, hat der Führer der deutschen Flotte offen angekündigt, daß seine Schiffe schon bei Annäherung von Regierungsflugzeugen schießen würden. Daraus ist der Zwischenfall von Ibiza erwachsen. Die »Deutschland« hat geschossen. Die Regierungsfieger haben geantwortet und getroffen — und nun hat die deutsche Regierung die Maske der Nichtintervention abgeworfen und ist zu offenen Kriegshandlungen übergegangen.

Angesichts der ungeheuren Erregung, die diese Haltung allgemein hervorgerufen hat, sucht sie sich mit der Behauptung zu rechtfertigen, daß die spanischen Regierungsfieger einen unprovokierten Angriff auf die »Deutschland« unternommen hätten. Sie will das Treiben dieses Schiffes, das in Ibiza, innerhalb der französischen

An die Mütter in Deutschland und Italien!

Offener Brief von Herbert Morrison, M. P., Stadtpräsident von London

Ihr Mütter der Deutschen und Italiener, die nach Spanien gesandt wurden, um für Franco zu kämpfen, ich grüße euch!

Wenn die Nachrichten, die wir in England erhalten, richtig sind, dann sind es gute Nachrichten. Ihr habt, so besagen sie, begonnen, widerspenstig zu werden. Ihr wollt eure Söhne wiederhaben. Ihr sagt, daß das Leben der jungen Deutschen und Italiener nicht geopfert werden darf für den Versuch, die Freiheit in Spanien zu erwürgen, und daß das deutsche Volk kein Interesse hat an einem Siege Francos.

Ihr habt recht, ihr habt tausendmal recht!

Wenn es euch gelänge, eure Stimme mit solcher Macht zu erheben, daß eure Regierungen genötigt würden, sich von ihren spanischen Abenteuern zurückzuziehen, dann würdet ihr damit euren Söhnen, eurem Lande, ja, der ganzen Welt, einen guten Dienst erwiesen haben.

Gewiß, eure Gedanken sind in weitem Maß von eurem Instinkt bestimmt. Doch dieser Instinkt ist sehr gesund. Die Wahrheit über Spanien ist in den Zeitungen, die von euren Regierungen kontrolliert werden, nicht zu finden. So laßt denn mich versuchen, euch zu erzählen, wie es kam, daß eure Regierungen von euch das Opfer eurer Söhne fordern. Nehmt zugleich meine Versicherung entgegen, daß ich nicht als ein Feind des deutschen oder des italienischen Volkes schreibe, sondern als Freund. Ich wünsche keinen Streit zwischen meinem Volke und irgend einem anderen in der Welt.

Eure Söhne sind nicht ausgeschiedt worden, um für ihr Land zu kämpfen. Sie sind von eurer Regierung ausgeschiedt worden, um für die Ziele und die Macht einer einzigen Partei zu kämpfen. Wirkliche deutsche und italienische Interessen werden durch dieses blutige Abenteuer nicht gefördert.

Eure Machthaber versuchen, ihre eigenen politischen Ideen einem fremden Volke aufzuzwingen. Sie mischen sich in die inneren Angelegenheiten Spaniens ein. Dafür werden eure Söhne verstümmelt und getötet.

Kontrollzone, innerhalb spanischer Hoheitsgewässer nichts zu suchen hatte, mit der Flagge des Kontrollausschusses dekken. Aber wer wird ihr Glauben schenken, nachdem sie eben erst mit so unverfrorenen Lügen ihre Schuld an der Greuelthat von Guernica abgeleugnet hat? Gegen die deutsche Regierung zeugt die lange Liste ihrer Taten in Spanien: die Entsendung der Kriegsschiffe, die Drohung mit bewaffnetem Eingreifen und der Aufbringung des Dampfers »Kamerun«, die Wegnahme spanischer Regierungsdampfer durch deutsche Kriegsschiffe und ihre Uebergabe an Franco, die Leistung von Späherdiensten für Rebellenflieger und Rebellenflugzeuge durch deutsche Kriegsschiffe, die Teilnahme deutscher Kriegsschiffe bei Angriffen auf die spanische Küste, der Transport schwerer Artillerie für die Rebellen durch deutsche Kriegsschiffe, der fortgesetzte Bruch des Nicht-

Es ist nicht nur euer Recht, sondern eure Pflicht, dagegen zu protestieren.

Macht doch dieses üble Beginnen euer Land in der ganzen Welt verhaßt! Am 22. Mai kamen in England 4000 Baskenkinder an, auf der Flucht vor deutschen Fliegerangriffen. Jedes dieser Kinder ist ein Blutzeuge gegen die Grausamkeit der Naziregierung in Berlin.

Es war im Sommer 1936, als der spanische Bürgerkrieg begann. Nicht lange zuvor hatte das Volk ein Parlament gewählt. Die Linke hatte die Mehrheit. Eine liberale Regierung, keine kommunistische oder sozialistische, war im Amt als verfassungsmäßige gesetzliche Regierung. Diese politische Situation, so gesetzlich und verfassungsgemäß sie auch war, gefiel den reichen Leuten nicht, sie gefiel den Offizieren nicht, die zu den Reichen gehörten oder in ihrem Dienst standen.

Darum gingen die Generale, die der verfassungsmäßigen Regierung Treue geschworen hatten, in den Bürgerkrieg. Sie überfielen das arbeitende Volk. Sie wollten die rechtmäßige Regierung mit Gewalt stürzen, das Recht des Volkes, selber seine Regierung zu wählen, vernichten und es durch die Diktatur eines einzigen Mannes ersetzen, eines politischen Stümpers, des Generals Franco.

Eure Regierung ist die Diktatur einer einzigen Partei, die die Freiheit zerstörte und einem Manne alles übertrug. Darum hilft sie jetzt auch Franco, die Freiheit in Spanien zu vernichten. Und eure Söhne, Opfer der Tyrannei daheim, sind nach Spanien gesandt worden, für die Tyrannei auch dort zu kämpfen.

Manche eurer Söhne haben das schon erkannt und sind der Dinge ebenso überdrüssig wie ihr.

Nicht nur Soldaten hat eure Regierung nach Spanien geschickt, sondern auch Geld, Flugzeuge, Ausrüstung usw. Die Kosten werden euch auferlegt, ihr müßt Steuern zahlen nicht zur Förderung wirklicher deutscher oder italienischer Interessen, sondern um die persönlichen Meinungen eurer Machthaber einem fremden Volke mit blutiger Gewalt aufzuzwingen.

Kanonen für Franco statt Butter für deutsche Kinder!

Von diesen Zusammenhängen haben eure Söhne in Spanien mancherlei erfahren. Darum können sie nicht mit dem Herzen in diesem Kampfe sein. Deutsche Flieger sind in vielen Fällen geschlagen worden. Die italienische Armee hat versagt. Trotz aller Hilfe kann Franco nicht siegen.

Nein, nur Verzweiflung und Elend ist sinnloserweise über das spanische Volk gebracht worden. Millionen spanischer Mütter wissen ihre Männer und Söhne draußen im Kampf. Spanische Mütter haben ihre kleinen Kinder gesehen, verstümmelt und getötet durch Bomben von Flugzeugen, die aus euren Ländern kamen. Spanische Mütter sind verstümmelt und getötet worden, Tausende von Kindern sind mutterlose Waisen, und ihr Heim liegt in Trümmern.

Mütter aber, das wißt ihr wohl, sind Mütter, ob sie Deutsche, Italienerinnen oder Spanierinnen sind. Mit den spanischen Müttern habt ihr keinen Streit. Eure deutschen, eure italienischen Herzen schlagen für eure Kinder in dem gleichen Takt, in dem die Herzen der spanischen Mütter für die Ihren schlagen.

Mütter der Welt, vereinigt euch für Frieden, für Brot, für Freiheit!

Eure Herrscher lieben eure Söhne nicht. Sie hätten sie sonst nicht nach Spanien geschickt. Sie betrachten sie als bloße Sachen, die im Spiel der Diktatoren eingesetzt werden, um den Ehrgeiz einiger Größenwahnsinnigen zu befriedigen.

Doch dazu habt ihr eure Söhne nicht zur Welt gebracht.

Möge darum euer Flüstern und Rauschen anschwellen bis zum unwiderstehlichen Schrei:

Wir wollen unsere Söhne wieder! Wir wollen unsere Söhne wieder! Wo sind unsere Jungen? Wir wollen sie wiederhaben!

Englands Mütter, ich weiß es, sind euch in schwersterlichen Gedanken verbunden. Sie grüßen euch! Möge euren bedrängten Herzen der Friede kommen! Mit allen guten Wünschen euer aufrichtig ergebener
Herbert Morrison.

setzlose Politik führt — nach innen und nach außen.

Man muß prüfen, in welcher Situation diese wilde Tat beschlossen wurde, um ihre wahre Bedeutung zu ermessen. Am Tage des Zwischenfalles von Ibiza hat der Völkerbundsrat seine Tagung geschlossen. Diese Tagung stand im Zeichen der eindrucksvollen Anklagerede des spanischen Vertreters Del Vayo gegen die Intervention Deutschlands und Italiens. Das dokumentarische Material, das die spanische Regierung in Genf vorgelegt hat, ist unwiderlegbar. Es hat große Wirkungen bei allen Delegationen hervorgerufen. Die Stellung der spanischen Regierung auf dieser Völkerbundstagung war gefestigter als auf vorhergehenden Tagungen. Keine Stimme der Verteidigung oder der Beschönigung hat sich zugunsten Italiens oder Deutschlands zu erheben ge-

Die spanische Anklage

Zur Vorgeschichte des Zwischenfalls

wagt. Die moralische Isolierung der Angreifer ist sichtbar geworden. Nach dieser Tagung ist vor allem das faschistische Italien vor der gesamten Weltöffentlichkeit gebrandmarkt.

Der einstimmig gefaßte Beschluß des Völkerbundesrates, gemäßigt und zurückhaltend in der Form, unterstreicht diese Tatsache. Er ist die Antwort auf die spanische Anklage, die Feststellung der Tatsache, daß diese Anklage gerechtfertigt ist. Dieser Beschluß anerkennt, daß die Verpflichtung zur Nichtintervention nicht innegehalten worden ist, er stellt sich hinter die Forderung der Zurückziehung der fremden Truppen in Spanien, er vermeidet das fälschende und irreführende Wort »Freiwillige«. Er zieht die Konsequenzen aus dem Nachweis der Anwesenheit regulärer fremder Truppen in Spanien, indem er von der Notwendigkeit der Zurückziehung aller »nicht-spanischen Kombattanten« aus Spanien spricht. In harten Worten verurteilt er die Greuel von Guernica und die barbarischen Methoden deutscher Flieger:

»Tiefbewegt durch die Greuel, die der Anwendung gewisser Kriegsmethoden entspringen, verdammt er die Zuflucht zu Methoden im spanischen Krieg, die mit den Menschenrechten unvereinbar sind, und das Bombardement offener Städte.«

Dieser Beschluß macht es deutlich, daß Spanien jederzeit als letztes Mittel die Zuflucht zum Völkerbund offen steht, wenn die Bemühungen scheitern sollten, die der Intervention der Angreifer ein Ende bereiten sollen.

Das Ergebnis der Völkerbundstagung zeigt die wahre Position der Achse Berlin-Rom in Europa. Es ist kein lärmendes Faktum, aber es bezeichnet eine politische und moralische Niederlage der deutschen und italienischen Diktatur, wie den wachsenden Widerstandswillen der demokratischen Mächte.

Der Lärm der Kanonenschüsse gegen die offene Stadt Almeria, diese Zuflucht zu un menschlichen, feierlich verdammt Methoden, soll vor dem deutschen Volke die Tatsache der wachsenden politischen und moralischen Isolierung des Hitler-Systems in den Hintergrund treten lassen. Der brutale Mord soll die Aufmerksamkeit von der Verdammung der Politik Mussolinis, von der Anklage gegen die faschistischen Verbrechen ablenken. Der spanische Krieg ist in Deutschland unpopulär. Deshalb versucht das angreifende System sich als verfolgte Unschuld hinzustellen, und die Toten, die als Opfer der dreisten Verhöhnung des Völkerrechts durch die deutsche Regierung gefallen sind, als Opfer eines »unprovokierten bolschewistischen Angriffs«. Es geht dem System um die Rettung eines zusammenbrechenden Prestiges — nach innen wie nach außen. Die brutale Geste soll vor dem deutschen Volke die wahre politische Position des Systems in der Welt verschleiern.

Aber mit der Demonstration barbarischer, verdammenswerter Gewalt läßt sich der Ring der moralischen Isolierung nicht sprengen.

Gegenüber dieser Enthüllung brutaler Gesetzlosigkeit war der »Panthersprung« nach Agadir zur Zeit Wilhelms II. noch ein Akt gemäßigter und zivilisierter Politik. Dennoch war der »Panthersprung« ein Glied in der Kette, die mit dem Untergang des kaiserlichen Deutschland geendet hat. Auch die Tat von Almeria wird ihre geschichtlichen Folgen haben. Als »Zwischenfall« mag sie heute abgeschlossen erscheinen, ohne unmittelbare weitere verhängnisvolle Folgen nach sich zu ziehen — aber sie wird trotzdem weiterwirken. Sie enthüllt einen Geisteszustand, aus dem in der internationalen Politik und bei den demokratischen Völkern Folgerungen gezogen werden, mögen sie auch nicht sofort sichtbar werden. Sie enthüllt, daß die Politik des Hitler-Systems eine Mischung aus Arroganz und Unsicherheit ist, die gleiche Meinung, die das Wesen der Politik Wilhelms II. und seiner Berater ausmachte. Wie Wilhelm und Bülow in der Zeit des Marokkokonfliktes, so sucht das System seine »erst kürzlich erlangte Autorität als Weltmacht« — so schrieb Bülow — durch Brutalität unter Beweis zu stellen. Immerhin übte das kaiserliche System seine Tobsucht an Großmächten, und nicht an Frauen und Kindern einer fremden Stadt. Es ist die schlimmste und gefährlichste Wiederauferstehung der bösesten Traditionen der kaiserlichen Politik in wahnwitziger Uebersteigerung.

Für dieses Prestigebedürfnis mag es eine Befriedigung sein, daß sie eine Stadt

»Die spanische Regierung hat die Aufmerksamkeit des Völkerbundes wiederholt auf die Gefahr hingelenkt, die durch die

Zusammenarbeit der Flotteneinheiten fremder Mächte mit den Rebellen

für den internationalen Frieden entstehen könnte. Die Regierung hat gleichfalls darauf hingewiesen, daß an verschiedenen Punkten der spanischen Küste von fremden Flotteneinheiten Angriffe unternommen worden sind. Der Londoner Nichtmischungsausschuß hat es für gut befunden, die Kontrolle der Einheiten einzelner Großmächte zu übernehmen. Die deutsche Flotte im besonderen war beauftragt, einen Teil jener Mittelmeerküste zu überwachen, wo die spanische Regierung ihre legitimen Rechte ausübt.

Die Note der spanischen Regierung verweist dann darauf, daß sie wiederholt auf die Gefahren aufmerksam gemacht habe, die aus den Diensten entstehen müßten, die von den deutschen Kriegseinheiten den Rebellen geleistet werden. Die spanische Regierung sehe ihre Befürchtungen tragisch bestätigt und schildert die aktuellen Ereignisse wie folgt:

»In den ersten Morgenstunden des Samstag hat der Chef der deutschen Mittelmeerflotte Kontradmiraal von Fischel an die Regierung in Valencia ein Telegramm gerichtet, in dem er mitteilt, daß die deutsche Flotte, die in der Kontrollzone

zerstört, Frauen und Kinder getötet haben. Sie mögen auch glauben, daß sie nun, nach dem Austritt aus dem Nichtinterventionsausschuß, Gelegenheit zu neuen Material- und Truppensendungen, zu neuen direkten Eingriffen in den spanischen Krieg haben. Aber mit diesen Mitteln sind keine weltpolitischen Entscheidungen zu erreichen — es können damit nur künftige weltpolitische Zusammenbrüche vorbereitet werden. Die Zeit der »Ueberraschungen« ist wirklich vorbei, und es werden sehr drohende Positionen gegen die faschistische Gewaltpolitik sichtbar.

Der italienischen Gewaltpolitik in Abessinien ist keine Gewalt entgegengesetzt worden. Sie hat in Abessinien gesiegt — aber heute wirken die Folgen in unerbittlichem Schreiten gegen Italien, und während die inneren Nöte und die wirtschaftlichen Sorgen wachsen, zerfällt die weltpolitische Position, die der italienische Diktator errungen zu haben glaubte. An den deutschen Diktator aus Not herangedrängt, wird er von der Logik seiner Gewaltpolitik weitergerissen, während gegen ihn in moralischer Empörung das britische Weltreich in einem Maße rüstet, mit dem er nicht entfernt weitfer sein kann.

Der Gewaltanwendung Deutschlands und Italiens in Spanien ist außer der legitimen Gewalt der spanischen Regierung keine Gewalt entgegengesetzt worden. Die Nichtinterventionspolitik der demokratischen Mächte ist unter dem Gesichtspunkt des Rechts im Geiste des Völkerbundespaktes wie unter dem Gesichtspunkt des unzweifelhaften Rechts der spanischen Regierung eine furchtbare Belastung des Rechts und eine ernste Bedrohung der spanischen Freiheit. Dennoch bedeutet ihre letzte Phase, die Forderung nach Zurückziehung der »fremden Kombattanten«, in der Sache die Forderung nach Einstellung der deutschen und italienischen Intervention, und darüber hinaus den Willen, der deutschen und italienischen Expansion im westlichen Mittelmeer einen Riegel vorzuschieben.

Hinter der spanischen Frage erscheint in großen Umrissen eine fernere weltpolitische Auseinandersetzung, für die die Fronten sich zusammenschieben. Für diese Auseinandersetzung rüstet das britische Weltreich. Für diese Auseinandersetzung arbeitet die französische Politik mit England wie mit Sowjetrußland zusammen. Das Eingreifen der Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Vorstellungen in Berlin zeigen, daß ein offener Ausbruch der deutschen Diktatur auf eine übermächtige Weltkoalition stoßen würde. Was dieser Zusammenarbeit an Entschlossenheit, an Kampfwillen, an Unbedingtheit noch abgeht — das wird durch Taten geschaffen, wie sie die deutsche Regierung vor Almeria begangen hat. Die Greuel der Italiener in Addis Abeba, das grauenvolle Verbrechen deutscher Flieger in Guernica, die wilde gesetzlose Tat der deutschen Regierung gegen Almeria — das sind Dinge,

ihre Dienste verrichtet, Flugzeuge der Republik, die die deutschen Schiffe überfliegen, beschossen müßte. Hierzu bemerkt die spanische Regierung, daß die Kontrollschiffe angehalten sind, mindestens zehn Meilen von der Regierungszone sich aufzuhalten.

Sie sind berechtigt, die Häfen, die von den Rebellen besetzt sind, zu besuchen. Solche Besuche würden nur dazu angetan sein, die Operationen der spanischen Regierung zu unterbinden.

1. Die spanische Regierung hat infolgedessen dem Admiral geantwortet, daß selbstverständlich die Kontrollzone stets gesichert werden würde,

daß aber für solche Kriegseinheiten, die ohne Berechtigung Häfen anlaufen würden, keine Garantie übernommen werden könnte.

Die weitestgehende Sicherheit werde der Kontrolle gewährleistet; es sei aber nicht möglich, Schiffe zu schonen, welche sich dazu hergeben, den faschistischen Angriff auf Spanien aktiv zu unterstützen.

2. Am Nachmittag desselben Tages haben zwei Flugzeuge der Republikaner einen Erkundungsflug über das Rebellenzentrum bei Ibiza unternommen. Diese beiden Flugzeuge wurden, wie es der deutsche Admiral angekündigt hatte, beschossen. Die spanischen Flugzeuge antworteten durch eine Bombardierung des deutschen Schiffes.

3. Die deutsche Regierung wartete volle 24 Stunden, ehe sie auf die Bombardierung der »Deutschland« reagierte. Diese Verzögerung steht im direkten Widerspruch zu dem Ankündigungstelegramm des Admirals von Fischel.

4. Auf Grund der deutschen Version über den Zwischenfall haben Einheiten der deutschen Flotte gestern früh den Hafen von Almeria bombardiert. Um 5 Uhr 45 haben ein Kreuzer und vier Zerstörer 200 Kanonenschüsse auf Almeria abgegeben. 35 Gebäude sind vollkommen zerstört. Bis jetzt konnten unter den Ruinen 19 Tote, davon fünf Frauen und ein Kind, geborgen werden.

Ich habe die Ehre, diesen neuen unbeschreiblichen Angriff der deutschen Seemächte, dieses schwerste Attentat auf einen unabhängigen und souveränen Staat, diesen schwersten Angriff auf den europäischen Frieden und auf den Frieden der Welt, dieses Attentat auf alle Regeln und Gesetze internationalen Uebereinkommens, dem Völkerbund mitzuteilen. Ich erachte es insbesondere in Anbetracht des Umstandes, daß Deutschland die Entsendung neuer Kriegsschiffe in das Mittelmeer ankündigt, für notwendig, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die oben geschilderte Tatsache zu richten.»

Der spanische Delegierte ersucht das Generalsekretariat des Völkerbundes, die Note allen Mitgliedstaaten zu übermitteln.

die die internationale Diplomatie heute mit gemessener Zurückhaltung behandelt, und die dennoch auf das stärkste auf die Willensbildung der Völker und der Staatsmänner einwirken.

Für das deutsche Volk hat sich durch die letzten Geschehnisse die Lage sehr verdüstert. Immer stärker wird es durch die Taten der Hitlerregierung in eine moralische Isolierung hineingetrieben, die in einer neuen Katastrophe enden muß — wenn es sich nicht rechtzeitig ermannt, um sein Geschick nach dem Vorbild demokratischer Völker in die eigenen Hände zu nehmen.

Terror-Urteile

Massen-Prozeß gegen holländische Sozialdemokraten.

Im Februar und März dieses Jahres fand ein Massenprozeß gegen eine Reihe früherer sozialdemokratischer Funktionäre statt, von denen bereits im Herbst vorigen Jahres 150 in Halle verhaftet worden waren. Unter den damals Verhafteten befanden sich der frühere Volksblattredakteur Wielepp, ein Mann von nahezu 70 Jahren, sein Kollege Kasparek, gleichfalls über 60 Jahre alt und der frühere Leiter der sozialdemokratischen Studentengruppe Wolf. Der fünfte Senat des Kammergerichtes, der in Halle zusammengetreten war, verurteilte alle führenden Angeklagten zu Zuchthausstrafen von durchschnittlich drei Jahren wegen angeblicher illegaler Fortführung der Sozialdemokratischen Partei.

Schwere Zuchthausstrafen wurden auch in dem im März in Berlin stattgefundenen Prozeß gegen Sozialdemokraten, SAP-Leute und Kommunisten verhängt. Der Prozeß lief unter den Namen Bormann und Genossen und brachte Zuchthausstrafen bis zur Höhe von 5 Jahren.

Ultimatum an den Vatikan

Völlige Entrechtung der katholischen Kirche in Deutschland

Die Politik der drastischen Handgreiflichkeiten, von Hitler und seinen Getreuen in vielen tausend Saalschlachten wohlwollend toleriert und jetzt gerade am barbarischen Fall Almeria erneut unter Beweis gestellt, hat das Dritte Reich nunmehr auch in seinem »Kulturkampf« gegen die katholische Kirche bis zum letzten Grad der Wirksamkeit gesteigert. Dem Vatikan wurde durch den deutschen Gesandten von Bergen, der damit zugleich auch seine Amtsabschiedshandlung vornahm, eine Note überreicht, in der der Heilige Stuhl in jenem unmißverständlichen Befehlston, der aus den Funksprüchen deutscher Admirale in spanischen Gewässern bereits genügend bekannt ist, aufgefordert wird, sich wegen der bekannten Rede des Chicagoer Kardinals Mundelein förmlich zu entschuldigen, andernfalls...

Was unter andernfalls in solchem Falle zu verstehen ist, hat Göbbels vor acht Ta-

gen in seiner Sportpalastrede zur Rechtfertigung der Priesterskandalprozesse bereits deutlich gemacht: man will auch die höchsten bischöflichen Stellen Deutschlands als Zeugen-Angeklagte in die pornographische Justiz des Dritten Reiches mit verwickeln und nacheinander einzeln alle Kardineale auf diese Weise vor die Schranken der »Volksgerichte« zerren. Der Reichsinnenminister Frick ist dann einige Tage nach der Göbbelsrede noch weitergegangen und hat das offizielle Verbot für die Kirchenhierarchie angekündigt, überhaupt noch in Form von Hirtenbriefen mit ihren Gläubigen die Verbindung aufrechtzuhalten. Bei der völligen Unterdrückung des früheren katholischen Schrifttums in Deutschland würde das praktisch die Verhängung der totalen Terrorblockade in denkbar schlimmster Form bedeuten! Neben diesen »taktischen« Repressivmaßnahmen gehen dann die »strategischen« — die Schließung katholischer Anstalten aller Art, die Organisation der Massenkirchenaustritte, die Verstaatlichung auch noch des letzten Restes katholischer Jugend — selbstverständlich mit gesteigerter Wucht nebenher.

Die Kirche muß also fechten, mag sie wollen oder nicht! Wir finden, daß sie ihre Position wahrhaftig nicht dadurch verbessert hat, daß sie über vier Jahre lang dem Unausweichbaren zu entrinnen versuchte. Sie kann aber auch in Deutschland nur dann mit einiger Chance auf Erfolg kämpfen, wenn sie grundsätzlich und an allen Stellen der Welt endlich aufhört, die moralischen Kräfte des Fortschritts, der Freiheit, kurz, einer gesunden Demokratie zu schmähern und zu hemmen, in deren Bannkreis und Namen ja eben auch ein Mann wie Mundelein tapfer genug gesprochen hat.

„Ein einfacher Mann“!

»Daily Herald« über Baldwin

Im »Daily Herald« schreibt Harald Laskd über Baldwin:

»Man darf sich nicht täuschen lassen von dem gefälligen Anschein der Einfachheit, den er sich zu geben liebt. Ein einfacher Mann wäre nie Premier von England geworden. Ein einfacher Mann hätte nie den Generalstreik, die Krise von 1931 oder die Abdankungskrise mit solcher außerordentlicher Geschicklichkeit, wie Mr. Baldwin sie in jedem Augenblick bewies, zu Ende bringen können... Sein Einfluß war immer gemäßigt, überredend. Nie ist er als der Mann erschienen, der spielt, um zu gewinnen, er hat nie intrigiert, um zu herrschen... niemals aus Liebe zur Macht nach Macht gestrebt. In seinen persönlichen Beziehungen war er freundlich und ehrenhaft, nie hat er ein gespreiztes und überhebliches Benehmen zur Schau getragen. Der Mann auf der Straße hat ihn geliebt, weil er sein eigenes Ebenbild in ihm zu erblicken glaubte.«

So sieht der leitende Staatsmann eines Kulturvolkes aus! So spricht von ihm, da er seinen freiwilligen Rücktritt vollzieht, die Opposition seines Landes! Welche Vergleiche drängen sich auf! Muß man als Deutscher nicht vor Scham in den Boden sinken!?

Die neue Friedensoffensive der Diktaturen

Sie brauchen eine Atempause

Den früheren Friedensoffensiven Mussolinis und Hitlers folgte stets der Angriff auf dem Fuße: die Eroberung Abessinien, der Bruch des Locarno-Vertrages, die Besetzung und Befestigung der Rheinlande, der deutsch-italienische Angriffskrieg gegen Spanien. Jetzt ist eine neue kombinierte deutsch-italienische Friedensoffensive im Gang. Monatlang hatte Mussolini die wildesten Drohreden gegen die verfaulenden, degenerierten Demokratien geführt, Frankreich und England der schlimmsten Angriffsabsichten beschuldigt, die italienischen Journalisten aus England abberufen und seiner Presse jede Berichterstattung über die Krönungsfeierlichkeiten verboten. Noch vor zwei Wochen hatte er den Uebergang Italiens zu völliger Autarkie angekündigt und sie als unentbehrliche Kriegswaffe bezeichnet. Jetzt gibt er plötzlich einem amerikanischen Journalisten ein Interview, in dem er seine Bereitschaft zu Verhandlungen über eine internationale Rüstungsbegrenzung verkündet — er, der kurze Zeit vorher den großen Faschistenrat neue verstärkte Rüstungen hatte beschließen lassen. Jetzt lädt er Roosevelt ein, eine internationale Abrüstungskonferenz einzuberufen — derselbe Mussolini, der nicht genug Hohn über internationale Konferenzen ausgießen, nicht genug Verachtung den Bestrebungen zur Rüstungseinschränkung erweisen konnte, er, der ruchlose Verherrlicher des Krieges.

Gleichzeitig erscheint Schacht in Paris, spricht von der Notwendigkeit gemeinsamer wirtschaftlicher Zusammenarbeit, vom Frieden als dem einzigen Ziel »seines Führers«, und von der heiß ersehnten Verständigung mit Frankreich. Stellt Mussolini die militärpolitische Frage, so Schacht die wirtschaftliche in den Vordergrund, und so ergänzen sich die beiden Diktaturen trefflich, wie bisher in der Kriegsvorbereitung, so jetzt in der Friedenssicherung.

Man sieht: die Friedensoffensiven folgen einander. Aber sie gleichen sich nicht. Gewiß muß man bei jeder außenpolitischen Betrachtung den Vorbehalt machen, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden heute in der Macht weniger, machtgeringer, geistig nicht ausgeglichener, völlig unverantwortlicher Menschen ruht. Trotzdem hat die Auffassung wohl die größte Wahrscheinlichkeit für sich, daß es den Diktatoren augenblicklich wohl weniger um die Vorbereitung eines unmittelbaren neuen Schlages geht als um die Erringung einer Atempause, in der sie sich von den bisherigen Anstrengungen erholen und neue Kräfte für den künftigen Sprung sammeln können. Und die Diktaturen bedürfen gar sehr der Pause!

Die Nöte des Faschismus

Die Kosten des abessinischen Abenteuers werden offiziell auf 12.111 Millionen Lire angegeben; dazu kommt ein nicht bekannter Betrag von mehreren Milliarden, der während des laufenden Finanzjahres — das italienische Etatjahr beginnt am 1. Juli — ausgegeben wurde. Die Kosten der Erschließung Abessinien, wo für das erste recht kostspielige Hafens-, Städte- und Straßenbauten notwendig sind, werden auf eine Milliardensumme geschätzt, die hinter den Kosten der Eroberung nicht zurückbleiben wird. Die Staatsschuld erreichte am 30. April 1937 nach der offiziellen Finanzstatistik 101,2 Milliarden Lire gegenüber 92 Milliarden am 30. Juni 1934, am Ende des letzten von Kriegsausgaben noch freien Jahres. Der Goldbestand ist auf 4 Milliarden abgewerteter Lire, zirka 500 Millionen Goldmark, gesunken. Dazu kommen noch schwebende Schulden in unbekannter Höhe, darunter neue Kredite bei der Notenbank von 3 Milliarden Lire. Der ordentliche Haushalt der beiden letzten Finanzjahre schloß mit einem Defizit von 5 Milliarden, und für das kommende Finanzjahr wird das Defizit auf 3 Milliarden veranschlagt. In Wirklichkeit ist das finanzielle Bild noch viel ungünstiger. Aus der kürzlich gehaltenen Budgetrede des italienischen Finanzministers ergibt sich, daß vom 1. Juli 1934 bis Mai 1937 nicht weniger als 25,3 Milliarden Lire aus Kreditquellen aufgenommen worden sind; diese mehr als 25 Milliarden stellen also den Betrag dar, der notwendig war, um neben den Steuereinnahmen, die Kriegs-

kosten und die Rüstungsausgaben zu finanzieren. Daß solche Beträge — es handelt sich dabei, wohlgemerkt, um offizielle Angaben, die noch mannigfache Lücken aufweisen — nicht aus echten Ersparnissen der italienischen Wirtschaft herrühren, sondern in Wirklichkeit durch eine fortschreitende Inflation aufgebracht werden, versteht sich von selbst, und fand im letzten Herbst in der rund 40prozentigen Entwertung der Lire ihren offiziellen Ausdruck. Die Festhaltung des Preisniveaus wird immer schwieriger; das Steigen der Preise hat bereits zum zweiten Male die Diktatur zu einer Lohnerhöhung gezwungen; die Gefahr der offenen Inflation ist in Italien noch unmittelbarer als in Deutschland. Die Erreichung der Autarkie ist in diesem Lande mit seinen unzureichenden Kohlen, Oel- und Erzvorräten und dem viel unentwickelteren Apparat eine noch größere Illusion als in Deutschland. Die englische Aufrüstung, die die englische Ueberlegenheit zur See und in der Luft anstrebt, trifft aber Italien viel direkter als Deutschland. Und England finanziert diese Aufrüstung auf dem Höhepunkt seiner Wirtschaftserholung fast spielend mit einer leichten Erhöhung der Einkommensteuer, einer mäßigen Gewinnzuwachs-Abgabe und mit einer Anleihe von 100 Millionen Pfund, ohne im geringsten die Solidität seiner Staatsfinanzen zu gefährden. Italiens Wirtschaft ist dagegen in vorgeschrittener Zerrüttung und seine Finanzkraft der Erschöpfung nahe. Kein Wunder, daß Mussolini plötzlich seine Neigung zu einer Rüstungsbegrenzung entdeckt, die vor allem eine Begrenzung der englischen Rüstung sein soll. Sie soll ihm erlauben, das augenblickliche, für Italien jedenfalls günstigere Stärkeverhältnis zu konsolidieren, ihm gestatten, die inflationistische Verschuldung zu verlangsamen und ihm vielleicht gar noch die Hilfe ausländischen Kapitals für die Erschließung Abessinien verschaffen, auf die er gar sehr angewiesen ist.

Die Krise der deutschen Rüstungspolitik

Nicht gleich, aber prinzipiell ähnlich ist die Situation Deutschlands. Auch Deutschland gelangt allmählich an die Grenze seiner Finanz- und Wirtschaftskraft. Deutschlands Aufrüstungskosten haben von 1934 an einen noch höheren Betrag verschlungen als selbst das Abessinien-Abenteuer. Die deutsche Rüstung ist aber nach der Ueberzeugung der Generalität für einen großen und langdauernden europäischen Krieg nicht ausreichend, und die Erfahrungen in Spanien lassen immerhin eine kostspielige völlige Ueberholung der deutschen Luft- und Tankwagen nötig erscheinen. Die deutschen Produktivkräfte sind dagegen an der Grenze ihrer Beanspruchungsmöglichkeit angelangt. Es fehlt an Rohstoffen — nicht nur an ausländischen, sondern auch an einheimischen — und an der genügend raschen Ausweitung der technischen und Arbeitskraft-Kapazität. In der Tat häufen sich seit einiger Zeit Nachrichten aus Deutschland, daß im Rüstungstempo, das in England und Frankreich beschleunigt wird, eine gewisse Verlangsamung zu verzeichnen sei. Aber sei dem wie es wolle, sicher ist, daß das System an einem Punkt angelangt ist, in dem es nur die Wahl hat, einer weiteren starken Einschränkung der Lebenshaltung oder einer stärkeren Bereitstellung von Produktivkräften für die Exporterzeugung statt für Rüstungsproduktion. Dies um so mehr, als es nur dann hoffen kann, die neuen Produktionsstätten für seine Autarkiepläne, die die künftige Aufrüstung erleichtern sollen, rechtzeitig fertigzustellen.

Deshalb haben Hitler und Göring Schacht erlaubt, jetzt in Paris zu versuchen, ob sich nicht die dummen Feinde aufs Neue einwickeln lassen werden. Deshalb Schachts Anerbieten der Bereitschaft Deutschlands zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Denn wenn es Deutschland gelänge, Exporterleichterungen, weitere Schuldenstreichungen oder gar neue Kredite oder Rohstoffkolonien zu erhalten, dann wäre es aus allen Schwierigkeiten heraus. Das verlohnte ja sogar das Eingehen gewisser politischer Verpflichtungen, deren man ja im gegebenen Moment

schon rechtzeitig ledig würde. Dann ließe sich eine augenblickliche Verlangsamung der Rüstungen, zu der man ohnehin aus wirtschaftlicher Bedrängnis gezwungen ist, gar teuer verkaufen in der Gewißheit, nach Ueberwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten um so freiere und stärkere Hand zu haben.

Schacht in Paris

Schacht ist in Paris mit, wir müssen schon gestehen, übermäßigen Ehren aufgenommen worden. Er hat wieder einmal seinen alten Trick angewendet, seinen Gastgeber zu versichern, er kümmere sich nicht um Politik, von der er nichts verstehe, er spräche nur als Wirtschaftler. In Wirklichkeit hat Schacht von je und eh immer machtpolitische Forderungen vertreten. Er hat in allen Wirtschaftsverhandlungen mit Belgien die Rückgabe von Eupen und Malmédy verlangt, und die Nachricht klingt recht glaubwürdig, daß er diese Forderung neuerdings wieder in den Gesprächen mit Van Zeeland und dessen Abgesandten Frères angemeldet hat. Er hat 1929 mit seinen Kolonialforderungen fast die Pariser Reparationskonferenz gesprengt, und diese Forderungen neben »Siedlungsgebieten« im Osten im Verein mit Hugenberg bei der Londoner Weltwirtschaftskonferenz wiederholt. Er hat stets die völlige Einstellung zuerst der Reparations-, dann aller privaten Schuld- und Zinszahlungen vertreten und diese

Forderung auch jetzt in Paris deutlich angemeldet. Er hat dafür etwas von der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund gemurmelt, natürlich nur dann, wenn durch entsprechende Aushöhlung des Statuts der Völkerbund aufgehört hätte, auch nur im geringsten als Instrument der Friedenssicherung dienen zu können....

Schacht hat viel gefordert, in Wirklichkeit nichts weniger als die Hilfeleistung Englands und Frankreichs für die Verlängerung und Stärkung der Diktatur, für die Ueberwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten und für die Erleichterung der künftigen Kriegsvorbereitung. Und er hat als Gegenleistung — einen Fetzen Papier, irgendeine Konvention in Aussicht gestellt, die die Diktatur halten würde, so lange sie ihr nützt.

Durchsichtige Kriegslist

Aber die Zeiten sind diesen Friedensoffensiven nicht allzu günstig. Mussolini hat sich bei Roosevelt eine Abfuhr geholt, denn der amerikanische Präsident weiß, daß England erst seine so spät begonnene Aufrüstung fertig haben will, bevor es sich auf Gespräche mit den Angreifern einläßt, und man darf annehmen, daß Roosevelt diesen Standpunkt aus vollem Herzen billigt. Und ebenso wenig Glück wird dem »Wirtschaftler« Schacht beschieden sein. Deutschlands Wirtschaftskraft stärken, heißt heute sein Kriegspotential vermehren, und die Zahl der Leute, die das endlich begreifen, hat sich in letzter Zeit denn doch erfreulich vermehrt. Die Friedensoffensiven der Diktaturen sind schwerer geworden, seitdem man sie als Kriegslist erkannt hat.

Dr. Richard Kern.

Sieg der Demokratie in Holland

Sozialdemokratie gewinnt 100.000 Stimmen

Die Wahlen zur zweiten Kammer, die am 26. Mai in Holland stattfanden, bedeuten das Ende eines langen und außerordentlich hartnäckigen Wahlkampfes. Die niederländische Sozialdemokratie führte diesen Kampf gegen zwei Fronten; gegen alle Gegner der Demokratie, insbesondere gegen die holländischen Nationalsozialisten, und gegen die Wirtschafts- und Krisenpolitik der Regierung Collijn. Im Kampf für die Demokratie entwickelte sich im Laufe des Wahlkampfes eine breite Front aller ernsthaften politischen Parteien von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei bis zu den bürgerlichen Regierungsparteien und diese Zielsetzung bestimmte schließlich das Gesicht des Wahlkampfes in viel höherem Ausmaß als die Propaganda der Partei für ihren Plan der Arbeit.

Der Sieg der Demokratie ist vollständig! Die Parteien der Regierung und die Sozialdemokratie sind die eindeutigen Gewinner des Wahlkampfes. Die beiden wichtigsten Regierungsparteien, die anti-revolutionäre Partei und die römisch-katholische Staatspartei, konnten ihre Mandatszahl um je drei Sitze, von 14 auf 17, bzw. von 28 auf 31, steigern, während sich die Mandatszahl der Sozialdemokratie von 22 auf 23 erhöhte. Die holländischen Nationalsozialisten erlitten eine vernichtende Niederlage. Sie waren in dem alten Parlament nicht vertreten, aber sie hatten bei den letzten Gemeindewahlen im Jahre 1935 rund 294.000 Stimmen erhalten, was einer Fraktionsstärke im Parlament von etwa 8 Sitzen entsprachen hätte. Am 26. Mai erzielten die Nationalsozialisten aber nur 171.000 Stimmen, so daß sie in der neuen Kammer nur mit 4 Mandaten vertreten sein werden. Die Kommunisten gewannen zwar gegenüber den Gemeindewahlen rund 10.000 Stimmen, aber sie verlieren einen Sitz, so daß sie mit einem Dreimänner-Kollegium in die zweite Kammer zurückkehren.

Die neue Mandatsverteilung bringt den Erfolg der Demokratie nur unvollkommen zum Ausdruck. Man muß vielmehr in Betracht ziehen, daß die Wahlbeteiligung am 26. Mai eine für holländische Verhältnisse Rekordhöhe erreichte. Es beteiligten sich 94,7 Prozent aller Wahlberechtigten an der Wahl. Die Neuwähler wandten sich aber nicht den Extremen zu, sondern sie strömten vornehmlich ins Lager der Regierung und der Sozialdemokratie. Die römisch-katholische Staatspartei, die stärkste Partei im holländischen Parlament, gewann seit den Gemeindewahlen rund 140.000 Stimmen, die anti-revolutionäre Partei, die Partei des Ministerpräsidenten Collijn, steigerte ihre Stimmenzahl

von rund 421.000 Stimmen im Jahre 1935 auf rund 665.000 Stimmen und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verbuchte bei einer Erhöhung ihrer Stimmenzahl von rund 782.000 im Jahre 1935 auf 890.880 Stimmen am 26. Mai einen Gewinn von 108.000 Stimmen. Da die zweite Kammer eine feststehende Zahl von 100 Mitgliedern zählt, kommt die Aktivierung neuer Wählerschichten für die Demokratie nur unvollkommen in den Verschiebungen der Fraktionsstärken zum Ausdruck.

Die große europäische Bedeutung dieses Wahlergebnisses liegt auf der Hand. Das niederländische Volk hat aus dem Anschauungsunterricht bei dem großen Nachbarn Hitlerdeutschland eine unmißverständliche Lehre gezogen: Es will in einer Demokratie leben! Und es will nichts wissen von den holländischen Nachbarn Hitlerscher Diktaturvorstellungen. Auf Brüssel mit seiner glänzenden Absage an Degrelle folgt nun der Sieg der Demokratie in Holland und die Faschisten in Mitteleuropa werden sich damit abfinden müssen, daß der Siegeszug ihrer Propaganda an der Westgrenze Deutschlands einen unüberwindlichen Widerstand findet. Für die deutsche Sozialdemokratie ist es eine besondere Genugtuung, daß unter den Siegern der holländischen Demokratie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands mit an erster Stelle steht!

Britischer »Raum ohne Volk«

Nazi-Kommentare zur Empire-Konferenz.

Die Konferenz der Regierungen des britischen Empire, eine machtvolle Kundgebung des Willens zur Selbstbehauptung, wird von der Nazipresse zum Gegenstand tiefstinniger Betrachtungen gemacht, in denen — man merkt die allgemeine Weisung — immer dieselbe Prägung wiederkehrt: »Das englische Weltreich ist Raum ohne Volk — Deutschland ist Volk ohne Raum.« — Die naheliegende Konsequenz daraus ergibt sich für jeden propagandagläubigen Deutschen, aber auch für jeden hellhörigen Engländer von selbst. Die englische Presse beeilt sich, die Aufsätze des »Angriffs« der Essener »Nationalzeitung« und anderer Schalltrichter des Propagandaministeriums ausführlich wiederzugeben. Das Echo aus Kanada, Südafrika, Australien, Neuseeland, Länder, auf die die Nazipresse liebevoll als »Raum ohne Volk« einzeln hinweist, ist noch nicht da, doch kann man es sich vorstellen. Es wird ungefähr lauten: Türen zu, die Deutschen kommen!

In Hitlers »Kampf« findet sich ein einziger vernünftiger — und natürlich nicht neuer — Gedanke: daß man sich mit dem englischen Weltreich gut stellen müsse. Auch den haben sie längst aufgegeben!

Mord im Lager Sachsenburg

Max Sachs wurde zu Tode gequält — Die Gerichtsverhandlung: eine Farce

Es mag manchmal den Anschein haben, als gerieten die Verbrechen der braunen Mordkolonnen nach einiger Zeit in Vergessenheit, als verliere das deutsche Volk durch immer neue Abscheulichkeiten den Maßstab für die Schwere der jahraus jahrein verübten Greuelthaten. Dem ist nicht so. Sobald einer der Gepeinigten freiere Luft atmet, wird sein Mund entsiegelt — und es zeigt sich, daß nichts vergessen wurde, nicht die Qualen der Opfer, nicht die Namen der Mörder, die das Ehrenkleid der Bewegung tragen.

Von einem ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Sachsenburg, der Deutschland vor kurzer Zeit verlassen hat, erhalten wir folgenden Augenzeugenbericht über die Ermordung unseres Genossen Max Sachs im September 1935:

Der Empfang im Lager

Bei seiner Einlieferung in das Konzentrationslager Sachsenburg wurde Dr. Max Sachs der 3. Häftlingskompanie zugeteilt. Bei dieser Kompanie war ich Gefangenensfeldwebel. Sachs hatte in Dresden schon sehr viele Mißhandlungen durchgemacht. Er erzählte mir besonders von einem Peiniger, von dem bekannten Gestapo-Beamten Geißler. Er klagte über Rücken- und Magenschmerzen und zeigte mir auch an diesen Stellen verschiedene Narben. Sachs wurde von der Stunde der Einlieferung an das Mißhandlungsobjekt eines jeden SS-Mannes, zumal den SS-Leuten bekannt geworden war, daß Dr. Sachs Redakteur der »Dresdner Volkszeitung« war. Auf die Frage des Rotenführers Gersch, ob er sich noch auf diesen oder jenen Artikel der Volkszeitung entsinnen könne, erklärte Dr. Sachs, daß nach seinen bisherigen Erfahrungen während der Haft in diesen Artikeln viel Wahrheit gelegen habe. Diese Äußerung wirkte auf alle politischen Häftlinge imponierend.

Die Antwort: Dr. Sachs wurde sofort nach der Arrestzelle in der Wachstube gebracht. Ich brachte ihm einige Sachen in den Arrest. Der Wachhabende erklärte mir: »Der braucht kein Handtuch mehr, der kann sich bald an seiner Haut abtrocknen.« Ich hörte, daß Sachs in der Zelle mißhandelt wurde und stöhnte. Zum Mittags-Appell wurde Sachs, da er schon nicht mehr laufen konnte, in einen Schubkarren geladen und mehrere Häftlinge mußten ihn zum Appellplatz fahren. Dort wurde er erst von dem Standartenführer und Lagerkommandanten Schmidt aufs unfügigste beschimpft. Dann wurde Sachs dem Jauchekommando zugeteilt. In diesem Kommando befanden sich auch einige Kriminelle, die den Anordnungen der SS-Bewachung in allem Folge leisteten. Ich hatte Gelegenheit, Dr. Sachs bei der Arbeit zu beobachten und muß sagen, daß er sein Bestes hergab. Aber immer und immer wieder wurde die Arbeit als »ungenügend« bezeichnet. Es hagelte Fußtritte und Kolbenstöße. Dabei hat sich besonders der SS-Mann Michael hervorgetan.

Nach dem Abendappell wurde Dr. Sachs wieder in die Arrestzelle gebracht, richtiger gesagt, geschleppt. Da ich mir einen Behelf in der Wachstube machte, konnte ich sehen, daß Sachs in der Zelle knien mußte, die Hände im Nacken gefaltet. Bei meinem zweiten Erscheinen in der Wachstube konnte ich sehen, daß Sachs vor Schwäche umgefallen war und von den SS-Leuten angespuckt und beschimpft wurde. Jedes zweite Wort bezog sich auf seine ehemalige Funktion. Als ich das Abendessen heruntergab, lag Sachs besinnungslos in der Zelle, mit Wasser begossen.

Am anderen Morgen wurde Sachs wieder nach dem Appellplatz geschleppt. Alle politischen Häftlinge hatten ehrliches Mitgefühl mit ihm, da jeder merkte, daß Sachs am Ende seiner Kräfte war. Wir ahnten, daß er der nächste Todeskandidat sein würde. Sachs wurde an diesem Morgen erst nach dem Exerzierplatz gebracht. Dort waren große Steinhaufen (scharfer Granitschlag) in 8 bis 10 m Höhe. Er mußte, auf die Ellenbogen gestützt, hinauf- und hinabkriechen. (Dieselbe Arbeitsleistung führte bei Wertheimer einige Zeit vorher zum Tode.) Als Sachs nicht mehr kriechen konnte, da die Ellenbogen durch waren, wurde er den umstehenden Häftlingen als »renitenter Mensch« vorgestellt. Dann wurde er wieder dem Jauchekommando zugeführt, d. h. geschleppt und gestoßen. Dort mußte er Jauche tragen und als er eben dem Jauchen-

zuber zusammenbrach, drückte ihn ein SS-Mann mit dem Gesicht in die Jauche. Der Mißhandelte wurde hochgezogen und als er nicht stehen konnte, in den vollen Jauchenzuber gesetzt. Die Häftlinge mußten ihn mit eiskaltem Wasser abspritzen. Dies alles konnte ich von der Bibliothek aus mit anderen Häftlingen beobachten. Ich machte mir einen Behelf und ging nach dem Häftlingsklosett, das neben der Jauchengrube war. Sachs lag vollständig erschöpft am Boden und ich konnte hören, daß Sachs leise röhrend fluchte, ihn doch lieber zu erschießen. Standartenführer Schmidt, der dazu kam, lachte höhnisch, stieß Sachs mit dem Stiefel und sagte: »Dran kommste sowieso — aber erst, wenn ich will. Vorläufig bekommste erst mal fünfzigzwanzig — wegen Arbeitsverweigerung. Ich habe die Genehmigung schon telegraphisch beantragt.« (Die Genehmigung erteilte damals Gruppenführer Eicke.)

Die Ermordung

Die Peinigung währte noch ein paar Tage. Sachs' letzter Tag begann so: In meinem Häftlingsaal hielt sich ein Häftling namens Endesfelder auf. Nach meinen Anweisungen verlangte ich, daß dieser Häftling, da er einer anderen Kompanie angehörte, meinen Saal verlasse. Der Häftling erklärte jedoch, er sei im Auftrage der Wache hier, um Sachs zu baden. Darauf gingen dann die Kriminellen, zum Teil früher in der SA organisierten Häftlinge Bundesmann, Endesfelder, Weißbach und einige andere, deren Namen ich nicht mehr weiß, zur Arrestzelle, um Sachs zu holen. Ich begab mich, um die Vorgänge genau zu sehen, nach dem Häftlingswaschraum im 3. Stock. Sachs lag vollständig nackt auf einem Lattenrost und wurde unter dem Gelächter der SS-Wache mit dem Schrubber bearbeitet.

Wachhabender war der Unterscharführer Graf v. Einsiedel, Vertreter in Anwesenheit Rottenführer Gersch und SS-Mann Dietrich.

Sehen konnte ich, daß Sachs grünen Kot von sich gab, nach meiner Ansicht hatte er innere Verletzungen. Diese Beobachtung wurde auch von anderen bestätigt.

Nach einer halben Stunde wurde Sachs durch den Saal geschleift. Der nun folgende Vorgang dürfte wohl mit zum raschen Tod von Sachs geführt haben. Die Häftlinge Bundesmann und Endesfelder packten Sachs an den Beinen und schleppten ihn die Treppe hinunter, so daß Sachs von Stufe zu Stufe mit dem Kopf auf die eisenbeschlagene Treppe schlug. Dabei röchelte und stöhnte er.

V. Einsiedel und Gersch gingen lüchelnd hinterher.

Abends ging ich nochmals mit Essen zur Wache, da lag Sachs nackt in der kalten Zelle auf dem Fußboden. Ich hatte den Eindruck, daß man ihn von der Pritsche geworfen hatte. Ich konnte sehen, daß unter ihm ein Kaffeetopf lag, der ihm mindestens Schmerzen bereitet haben mußte, wenn Sachs nach meinem Dafürhalten nicht schon tot gewesen wäre. Am

Es wird immer schöner!

Ein neuer Erlass des Reichministers des Innern bestimmt, daß bis auf weiteres die Bäckereien »anfallendes Altbrot zur Herstellung von Brot wieder verwenden dürfen«. Der Zusatz von Altbrot »darf nicht mehr als 3% des verwendeten Mehles betragen«. Es muß so fein in die Teigmasse verteilt werden, daß es im fertigen Brot mit bloßem Auge nicht zu erkennen ist!

Hoffentlich wird der Erlass im Original der Ausstellung »Gebt mir vier Jahre Zeit« einverleibt. Daß die behördlich verordnete Lebensmittelverfälschung sich sogar an das tägliche Brot heranwagen würde — wer hat das vor vier Jahren für möglich gehalten!

War die Butterversorgung bereits im vorigen Jahre gekürzt worden, so sind die in diesem Jahre zugeteilten Mengen noch geringer. In der Regel geschieht die Kürzung ohne besondere Verordnung. Aus einer Anweisung an die Milchwirtschaftsverbände wird jetzt bekannt, daß für Saisonbetriebe und Kurorte die im vorigen Jahre zugeteilte Buttermenge erneut um 20% gekürzt

anderen Morgen sollte Sachs von Häftlingen gebadet werden, und zwar im Wannenbad. Dies war mir sehr auffällig, da ja Sachs am Abend vorher gebadet worden war. Ein Häftling kam zu mir herauf und sagte: »Ich bade den Sachs nicht, ich glaube, der ist tot.« Daraufhin ging ich auf Umwegen nach dem SS-Bad. Man hatte Sachs nun in die Wanne geworfen und eiskaltes Wasser auf ihn gelassen. Dies sollte zu dem gewünschten »Herzschlag« führen. Sachs wurde dann auf einen Tafelwagen gepackt. Bei dieser Gelegenheit konnte ich dem Toten den letzten Dienst erweisen und ihm die gebrochenen Augen zudrücken. Eine alte Decke wurde übergeworfen, und Häftlinge mußten den Toten unter Eskorte nach dem Frankfurter Friedhof fahren.

Im Lager wurde verbreitet, daß Sachs an Herzschlag gestorben sei. Diese Todesart war aber jedem Häftling bekannt, da kurz zuvor einige ebensolche Herzschläge eingetreten waren. Einige Häftlinge, die sich nicht enthalten konnten, über den traurigen Fall zu diskutieren, kamen sofort in Arrest; darunter auch ein gewisser Alfred Röhrich, ein Häftling, der an beiden Armen Knochentuberkulose hatte — durch Mißhandlung im Schutzhaftlager Colditz verschlimmert. Röhrich ist unterdessen erschossen worden. Nach der Ablieferung der sterblichen Ueberreste von Dr. Sachs in der Frankfurter Leichenhalle herrschte in der Lagerleitung große Aufregung. Bei dem Mittagsappell wurden die Häftlinge, darunter auch ich, die alles gesehen hatten, herausgerufen und in eine Ecke gebracht. Dort mußten wir die Hände hochheben und der Kompanieführer, ein Unterscharführer von 20 Jahren, namens Kampe erklärte: »Erschossen werdet Ihr Schweine — da ist der Fall gleich erledigt.« Die anderen Häftlinge, die sich an den Mißhandlungen beteiligt hatten, es sind dies Weißbach, Endesfelder, Bundesmann und zwei, deren Namen mir entfallen sind, wurden dem Gericht in Chemnitz zugeführt. Die Unruhe in der Lagerleitung kam daher, daß der Arzt in Frankenberg nicht mit dem gewünschten Herzschlag einverstanden war, sondern der Polizei Kenntnis gab.

Das „Gerichtsverfahren“

Nach einigen Tagen traf eine Regierungskommission im Lager ein, die eine Untersuchung im Falle Sachs anstellte. Die Regierungskommission wurde gebildet aus einem Kriminalkommissar von Chemnitz, einem Oberregierungsrat, wahrscheinlich aus Berlin, und einer Sekretärin. Die Kommission nahm sich die einzelnen Gefangenen vor und verhörte sie. In Abwesenheit der Lagerleitung. Die SS-Leute waren bei diesem Verhör sichtlich nervös. Ein SS-Führer namens Simon konnte sich schließlich nicht länger halten, ging in das Untersuchungszimmer hinein und schnarrte den Oberregierungsrat an, wie lange denn diese Sache noch dauern solle, er verstehe nicht, daß man wegen eines Juden ein solches Theater mache. Der Oberregierungsrat hat ihn sofort hinausgewiesen.

Trotzdem kam bei der Untersuchung nicht

viel heraus, da alle Gefangenen Angst hatten, etwas auszusagen und die SS-Leute zu belästigen.

Jeder sagte sich, daß selbst, wenn die Regierungskommission die Absicht habe, korrekt vorzugehen, man doch nicht wissen könne, ob nicht die Protokolle schließlich doch wieder im Konzentrationslager landen und die SS-Leute dann Rache nehmen würden.

Obersturmbannführer Rödel legte dann einigen Häftlingen fertige Aussagen vor, die sie in dieser Zwangslage auch unterschrieben haben.

Am 20. Dezember 1935 wurde ich entlassen. Einige Monate später erhielt ich eine Ladung als Zeuge nach Chemnitz vor das Landgericht. Im Zeugenraum in Chemnitz traf ich mit den Zeugen (wohlgemerkt, Zeugen) Graf v. Einsiedel und Rottenführer Gersch zusammen. Als Einsiedel in dem Zuhörerraum Leute sitzen sah, sagte er zu Gersch: »Ich rufe sofort die Lagerleitung an, daß die Verhandlung öffentlich ist und daß wir da keine Aussage machen!« Er rief auch an und kam nach einer Weile mit dem Bescheid zu Gersch, die Staatsanwaltschaft habe der Leitung mitgeteilt, daß die Verhandlung geheim sei. Tatsächlich wurde auch kurz darauf der Raum geräumt. Meine Vernehmung betraf hauptsächlich die Vorgänge auf der Treppe.

Vorsitzender: »Wurde Sachs die Treppe herunter getragen, oder wie war das?«

Ich: »Nein, Sachs wurde geschleppt.«

Vorsitzender: »Von wem?«

Ich: »Bundesmann und Endesfelder zogen ihn an den Beinen.«

Vorsitzender: »Wo befanden sich da die beiden anderen Zeugen? Bei der Frage überlegte ich mir sofort, daß meine neue sofortige Verhaftung erfolgen könne und ich erklärte, daß ich das nicht sagen könnte, da auf dem Treppengang viele Häftlinge standen.

Das Gericht beschloß, mich zu verurteilen. Nach mir wurde nochmals v. Einsiedel gehört.

Staatsanwalt: »Herr v. Einsiedel, eigenartig, Sie wollen nichts gesehen haben. Die Angeklagten behaupten aber alle, daß sie dahinter gestanden haben.«

Einsiedel (stotternd, verlegen): »Ich habe nichts gesehen!«

Vorsitzender: »Das glaubt Ihnen das Gericht nicht.«

Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht die Verurteilung der beiden Zeugen v. Einsiedel und Gersch ab.

Dennoch geschah den SS-Leuten nichts. Nur die Kriminellen, die von der Lagermannschaft zu den Mißhandlungen an Max Sachs gezwungen worden waren, erhielten wegen »Körperverletzung« Freiheitsstrafen. Obgleich das Gericht die Vorgänge richtig beurteilte — wie die Nichtverurteilung der SS-Zeugen beweist — obgleich der Staatsanwalt genug Anklagematerial in der Hand hielt, wurden die Mörder des Max Sachs nicht bestraft. Die Richter des Landgerichts Chemnitz sind der Mitwisserschaft und der Vertuschung schuldig.

wurde. Es darf ihnen nicht mehr als 80% der im vergangenen Jahre freigestellten Buttermenge freigestellt werden.

Einst und jetzt

Die Ausgaben der Stadt Berlin für Löhne und Gehälter sind von 218 Millionen im Jahre 1933 auf 229 Millionen Reichsmark im Jahre 1936 gestiegen. Sie betragen 1933 28,7 Prozent, 1936 aber 34,6 Prozent der Gesamtausgaben. Diese Zunahme ist nicht durch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne hervorgerufen, sondern durch die massenhafte Einstellung von nationalsozialistischen Futterkrippenreitern und durch die bedeutend höheren Gehälter, die die nationalsozialistischen Oberbeamten und Kommissare der Stadt Berlin beziehen.

Für die abnehmende Sicherheit auf der deutschen Reichsbahn ist es bezeichnend, daß im Jahre 1936 nur 138,2 Millionen RM für den Oberbau und für Baustoffe verausgabt wurden. Selbst im Jahre 1933, in dem infolge der Wirtschaftskrise die Erneuerungsarbeiten am Oberbau der Reichsbahn stark eingeschränkt worden waren, erreichte der für den

gleichen Zweck investierte Betrag die Höhe von 195,9 Millionen RM, war also um mehr als 40 Prozent höher als im Jahre 1936.

Streicher — Hitler

Gemeine Beschimpfungen Léon Blums im Streicherblatt

Die neueste Nummer des antisemitischen Hetzblattes »Der Stürmer«, dessen Herausgeber Julius Streicher, der beste Freund Hitlers ist, bringt einen umfangreichen Artikel unter der Überschrift »Frankreich, eine Beute Alljudas«. Nach der Wiedergabe von Auszügen aus einem Artikel von Henri Beraud im »Gringoire« über die jüdischen Mitarbeiter des französischen Kabinetts schreibt das Blatt Streichers: »Dabei darf natürlich nicht vergessen werden, daß Léon Blum selbst Jude ist... Wird Frankreich die Entschlußkraft, den Willen haben, sich von dieser Kanaille zu befreien, oder wird es zum großen Teil angefaul durch Weichlichkeit, durch religiöse Ungläubigkeit, Spott über Geisteswerte, sich endgültig der jüdischen Sklaverei unterwerfen?«

Vierzehn Jahre Sozialdemokratie

Eine Antwort an Rudolf Olden

Siegreichen Gegenrevolutionen genügt es nicht, ihre Gegner geschlagen zu haben, sie wollen sie auch moralisch vernichten. Dabei fällt ihnen ein doppelter Vorteil zu: Sie haben die Macht, die Geschichtsschreibung nach ihrem Wunsche zu gestalten, und sie stoßen dabei kaum auf Gegenwehr, weil eine geschlagene Revolution zunächst nicht leicht einen Verteidiger findet. Enttäuschte Anhänger werden zu erbitterten Anklägern. Entmutigte schweigen.

Jahrzehntlang lebte die Revolution von 1848 in der Erinnerung der deutschen Durchschnittsbürger als ein Ereignis, dessen man sich nur mit Beschämung erinnern durfte. Galt es den einen als eine schändliche Rebellion gegen die gottgewollte Obrigkeit, so schien es den anderen ein schwächliches, halbkomisches Unternehmen, das mit einer Blamage geendet hatte.

Die sozialdemokratischen Arbeiter freilich pflegten die Erinnerung an die demokratische Erhebung von 1848. Mit gutem Instinkt sahen sie in ihr einen Anfang, der zur rechten Zeit fortzusetzen war, einen Versuch, an dem man lernen mußte, es ein andermal besser zu machen. Die preussische Wahlrechtsbewegung ließ die Züge, die sich alljährlich zu den Gräbern der Märzgefallenen bewegten, zu Strömen anschwellen. Die Republik von Weimar schließlich zog wieder die schwarzrotgoldenen Fahnen auf und huldigte den Männern der Paulskirche. Mit Recht. War sie doch die Verwirklichung dessen, was die Kühnsten von ihnen gewollt hatten.

1933 liegt die Republik am Boden. Der Sieger kommandiert seine Geschichtsschreiber zum moralischen Vernichtungsfeldzug gegen den geschlagenen Feind. Soll sich nicht, da Tausende der Besten in Deutschland zum Schweigen gezwungen sind, wenigstens im Ausland einer finden, der den Lügen des Siegers die geschichtliche Wahrheit, wie er sie kennt, entgegenstellt?

Von solchem Gedanken geleitet ging ich an die Abfassung meines Buches »Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik«, das im vorigen Jahre bei der Verlagsanstalt Graphia in Karlsbad erschienen ist. Dieses Buch sollte einer künftigen unbefangenen Geschichtsschreibung die Bausteine liefern. Darum habe ich darin nur aufgezeichnet, was entweder dokumentarisch feststellbar war oder nach gewissenhafter Prüfung in meiner eigenen Erinnerung feststand. Auf Hintertreppenklatz habe ich mich nicht eingelassen. Ueber die Meinungen, die ich äußere, bin ich bereit zu diskutieren — ich habe übrigens bereits in der Vorrede meines Buches darauf hingewiesen, daß ich für sie wie für das Buch die Verantwortung allein trage. Für die Tatsachen, über die ich berichte, stehe ich ein.

Kritik muß ich mir gefallen lassen. Sie reizt mich nicht zur Polemik. Wenn also Herr Rudolf Olden in Nr. 17 des »Neuen Tagebuchs« damit beginnt, witzig gemeinte Vergleiche zwischen mir und Julius Streicher zu ziehen, um mich schließlich mit einer eleganten Handbewegung in das »modrige Grab der Zukunft« zu schleudern, so muß ich das hinnehmen. Etwas anderes freilich ist es, wenn sich herausstellt, daß es Herrn Olden gar nicht darauf ankommt, ein Buch und seinen Verfasser zu kritisieren, sondern viel mehr darauf, die deutsche Arbeiterbewegung und ihre Geschichte kritik- und verständnislos zu verunglimpfen. Dann ist eine öffentliche Erörterung zum Zwecke der Richtigstellung und Abgrenzung allerdings nicht zu vermeiden.

Herr Olden geht so weit, sein Bedauern darüber zu äußern, daß mein Buch überhaupt gedruckt werden durfte, da es in den Köpfen Uninformierter Schaden anrichten könnte. Nachdem nun infolge eines beklagenswerten Versagens der Zensur dieser Schaden doch entstanden ist, muß untersucht werden, worin er nach Herrn Oldens Meinung besteht.

Sozialismus und Republik

Am Anfang meines Buches schildere ich die ungeheueren Schwierigkeiten der

ersten Jahre nach dem Kriege. Sie nahmen die Partei so stark in Anspruch, daß die Frage einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft weit in den Hintergrund trat. Von den Sozialdemokraten wird in diesem Zusammenhang gesagt:

»War erst, so dachten sie, das Schlimmste überwunden, die demokratische Republik gerettet, so kam der Sozialismus immer noch nicht zu spät.«

Das bezieht sich auf 1918—1920. Zum Schluß aber, nach 1932, heißt es:

»Die Republik zerbrach an der Weltwirtschaftskrise. Es fehlte die Kraft, die imstande gewesen wäre, durch Maßnahmen eines praktischen Sozialismus die Krise zu mildern oder zu beseitigen.«

»Zwei einander diametral widersprechende Anschauungen!« ruft Herr Olden triumphierend aus. Und er knüpft an die glückliche Entdeckung dieses katastrophalen Widerspruchs folgende Schlußfolgerung:

»Haben wir erst einmal realisiert (?), wie verwirrt und in sich widerspruchsvoll die Auffassung Stampfers von der Geschichte der Republik ist, an deren Gestaltung er tätig teilgenommen hat, so wird es uns weniger erstaunen, daß auch seine nachträgliche Darstellung, unklar und verwirrend ist. Sie ist nur eine folgerichtige Konsequenz seiner, und anderer, politischen Haltung.«

Was will nun Herr Olden eigentlich von mir? Wenn meine Darstellung »die folgerichtige Konsequenz« der von mir und meinen Genossen eingenommenen Haltung ist, so ist sie doch gerade das, was man von mir verlangen konnte. War in unserer Haltung ein Widerspruch, so mußte er auch in meiner Darstellung zum Ausdruck kommen. In diesem Fall liegen jedoch Widerspruch und Verwirrung durchaus beim Kritiker. Wäre er in seinem Eifer noch einiger Ueberlegung fähig gewesen, so hätte er selber bemerken müssen, daß das, was 1920 richtig war, 1932 falsch sein konnte, und umgekehrt.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, an die man im Chaos der Niederlage und der Putsche noch nicht denken konnte, mochten nach zwölf Jahren angebracht und nützlich sein.

Der Schaden besteht in diesem Fall einzig und allein im Kopf des Kritikers. Ich habe ihn nicht angerichtet. Leider wird es mir auch nicht gelingen, ihn zu reparieren.

Die Anti-Ebertlegende

Zum zweiten rechnet mir Herr Olden es als eine schwere Sünde an, daß ich den Ausspruch, den der Prinz Max von Ebert gehört haben will, »ich hasse die Revolution wie die Sünde, für unecht halte. Darüber ist er so aufgeregt, daß er, unfähig einen ganzen Satz zu bilden, nur noch stammeln kann:

»Und also Prinz Max, den alle für einen ehrlichen Mann hielten, ein Lügner!«

Warum die Aufregung? Ich habe die Gutgläubigkeit des Prinzen mit keinem Wort angezweifelt. Aber der Prinz hat in seiner kurzen Kanzlerzeit auch verschiedene andere Dinge, nicht nur dieses, durcheinandergebracht. Was Ebert wirklich gesagt hat, oder wer das gesagt hat, was er Ebert in den Mund legt, kann ich nicht wissen, und Herr Olden kann es auch nicht wissen. Ebert aber habe ich genau gekannt, und ich weiß, daß dieser Ausspruch gar nicht zu ihm paßt.

Warum ist mein gelinder Zweifel an der Max-Ueberlieferung Herrn Olden so wichtig, daß er ihn zu einem Hauptpunkt seiner Anklage macht? Weil jener Ausspruch zu den Prunk- und Paradestücken der Anti-Ebertlegende gehört. Er ist für diejenigen, die ihre Pflege auch heute noch für wichtig halten, ein so kostbarer Besitz, daß sie jeden als ihren Feind betrachten, der an ihn rührt. Sie haben noch nicht begriffen, daß Ebert nach seinen geschichtlich bezeugten Taten und nicht nach den Klatschgeschichten, die über ihn erzählt werden, beurteilt zu werden verdient. Schließlich hat doch dieser Mann ein Hauptverdienst daran, daß die Republik immerhin vierzehn Jahre ge-

dauert hat und nicht, wie es zunächst scheinen wollte, nur vierzehn Tage.

Auch sein »historisches Telefongespräch mit Groener« habe ich so wenig wie Herr Olden mit abgehört. Dagegen steht durch übereinstimmende Aussagen von Ohrenzeugen fest, daß Ebert am 9. November zu den Unabhängigen sagte: »Bringen Sie uns Liebknecht. Wir werden mit ihm arbeiten.« Es war nicht Eberts Schuld, daß die »Volksfront«, die er damals wollte, und die länger als 14 Jahre lang den Bestand der Republik hätte sichern können, nicht zustande kam.

Wie dem auch immer sei, welchem politischen Zweck glaubt Herr Olden zu dienen, wenn er Eberts Andenken verunglimpft? Deutschland wäre wahrlich ein glückliches Land, wenn es vor Ebert und nach ihm Oberhäupter besessen hätte, die ihm an Klugheit und Rechtschaffenheit gleichwertig waren. Keiner ist gezwungen, alles, was der erste Präsident der Deutschen Republik getan hat, zu billigen — die Verdienste und die Bedeutung dieses phrasenlosen Arbeiters am Wohle des Volkes sollte jedermann neidlos anerkennen, der den Feinden der Republik nicht in die Hände arbeiten will.

Die Reichswehrlegende

Herr Olden erblickt die Irreführung der Uninformierten durch mich besonders auch darin, daß ich den Einfluß der Generale auf die politische Entwicklung in Deutschland nicht so hoch einschätze wie er. Er ist geradezu entsetzt darüber, daß Schleicher bei mir erst auf Seite 561 vorkommt. Ich will ihm gerne glauben, daß er mit diesem sagenumwobenen General schon auf Seite 1 begonnen haben würde. Ist doch Herr Olden ein Hauptträger jener Legende, für die die Reichswehrgenerale die eigentlichen Bewegten des Menschengeschlechts und die Urheber aller Dinge sind. Wie anderen Leuten die Juden oder die Engländer, die Freimaurer oder die Jesuiten als Urquell aller Uebel erscheinen, so den Gläubigen dieser neuen Lehre die Generale.

Ich muß dagegen aus meiner Kenntnis der Dinge und Personen daran festhalten, daß diese Auffassung auf einer maßlosen Uebertreibung beruht. Wäre der märchenhafte Einfluß, den man den Generalen zuschreibt, Wirklichkeit gewesen, so hätten sie wenigstens untereinander einigermaßen einig sein müssen. In Wirklichkeit hat aber in entscheidenden Situationen fast immer jeder von ihnen an einem anderen Strang gezogen. Hindenburg gegen Ludendorff, Ludendorff gegen Hindenburg, Hindenburg gegen Groener, Groener gegen Hindenburg, Schleicher gegen Groener, Groener gegen Schleicher. Die Herren haben wie Hiob erst die Republik über sich ergehen lassen, die sie nicht gewollt haben und dann das Dritte Reich, das sie auch nicht gewollt haben. Immerhin brachten sie gegen dieses etwas mehr Energie auf als gegen jene — sandten sie doch einen der ihren zu Hindenburg, um gegen den Hitler-Papenplan zu protestieren. Aber es half nichts. »Der Alte hat ihn rausgeschmissen«, lautete tags darauf der Schlachtbericht.

Und ihr persönlicher Erfolg? Wer von ihnen hätte mit ihm zufrieden sein können? Hindenburg mit der traurigen Rolle, zu der er durch seinen eigenen Streich verurteilt wurde? Groener mit seinem klanglosen Verschwinden in der Versenkung? Oder gar — Schleicher?

Richtig ist, daß die Generalität in der Vertretung ihrer Ressortinteressen zu allen Zeiten viel Glück hatte. Das lag aber weniger an ihrer Geschicklichkeit, als an der berechtigten Auflehnung des ganzen deutschen Volkes gegen die Diskriminierung, die ihm durch den Frieden von Versailles auferlegt worden war.

Wenn ich also durch meine eigene Beobachtung gegen den Aberglauben von den Weisen in der Bendlerstraße hinreichend geschützt bin, so bin ich doch weit davon entfernt, die Bedeutung der bewaffneten Macht für den Staat zu unterschätzen. Darum bin ich, wie viele anderer meiner

Genossen, für den Eintritt der sozialdemokratischen Arbeiter in die Freikorps eingetreten. Herr Olden weiß nicht, daß ein Bezirksparteitag im Jahre 1919 dem »Vorwärts« den Abdruck von Werbeaufträgen für den Wehrdienst verboten hat. Ich mache ihm daraus keinen Vorwurf. Immerhin war seinerzeit diese Tatsache dem »Vorwärts« zu entnehmen. Sie ist leichter beweisbar als die willkürliche Behauptung des Herrn Olden, die sozialdemokratischen Arbeiter hätten sich zur Reichswehr gedrängt, und die Kontingente, die im Jahre 1923 in Sachsen einmarschierten, hätten zum großen Teil aus — Sozialdemokraten bestanden. Nach meiner Unterrichtung waren die Soldaten, die sich damals bedauerliche Uebergriffe gegen die wehrlose Zivilbevölkerung zuschulden kommen ließen, rechtsgerichtete Angehörige »besserer« Kreise und keine sozialdemokratischen Arbeiter.

Die Anti-Welslegende

Den Hauptschlag gegen mich führt aber Herr Olden mit der höhrenden Frage, warum ich denn meine Darstellung mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler abschließe. Er hat mit gutem Spürsinn herausgefunden, daß es in der Zeit nach Hitlers Ernennung Dinge gegeben hat, über die zu reden für einen Sozialdemokraten schmerzlich ist. Jawohl, es ist damals manches geschehen, was ich nicht rechtfertigen will und kann. Wie aber um alles in der Welt kommt Herr Olden dazu, zu diesen nicht zu rechtfertigenden Dingen die Erklärung zu zählen, die Otto Wels am 23. März 1933 für die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag abgab? Hat Herr Olden überhaupt eine Ahnung, was in dieser Erklärung steht, wie sie zustande gekommen ist, und welche Bedeutung ihr in der damaligen Situation zukam?

In der sozialdemokratischen Fraktion kämpften damals zwei Strömungen miteinander: eine, die keine Möglichkeit mehr sah, den Kampf weiter zu führen, und eine andere, die trotz alledem seine Fortführung forderte. Die zweite war es, die in der Fraktionssitzung vor dem 23. März siegte. Man beschloß, in den Reichstag zu gehen, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen und eine entsprechende Erklärung abzugeben. Daß das unter den damaligen Verhältnissen mit einer gewissen Gefahr für Leib und Leben verbunden war, darf wohl behauptet werden. Es gab auch in der Fraktion einige Ehrgeizige, die dem Parteivorstand das Risiko gerne abgenommen und an seiner Stelle die von der Fraktion beschlossene Erklärung verlesen hätten. Wels bestand jedoch auf seinem Recht, als Vorsitzender der Partei und der Fraktion, im Augenblick der Gefahr vorne zu sein. Ein Zentrumsführer beschwor ihn händeringend, von seinem Vorhaben abzustehen. Er und die ganze sozialdemokratische Fraktion würden den Reichstag nicht mehr lebend verlassen, wenn diese Erklärung abgegeben würde. Wels dankte dem wohlmeinenden Warner, ging durch die Spaliere der SA und SS vom Reichstagsgebäude in die Kroll-Oper hinüber und sprach.

Herr Olden fragt mich höhrend, warum ich über »das Auftreten Wels in der Kroll-Oper«, das er eine »erschütternde Episode des sozialdemokratischen Ausgangs« nennt, nicht spreche. Wie man sieht, tue ich ihm den Gefallen, das nachzuholen. Aber ich frage auch: Auf welchem Monde hat wohl Herr Olden im März 1933 gewohnt, wenn er von jenen Vorgängen so wenig weiß? Wie kommt dieser Mann dazu, von oben her höhnlisch aburteilend über etwas zu sprechen, wovon er doch offenbar nicht die geringste Ahnung hat? Da zeigt sich, daß es ihm gar nicht darauf ankommt, zu erkennen und zu urteilen, sondern nur darauf, einer blinden Schmähsucht Befriedigung zu verschaffen.

„Die vierzehn Jahre der SPD“

Mein Buch heißt: »Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik«. Herr Olden überschreibt seine Kritik: »Die vier-

Spanien von morgen

Von Alvarez del Vayo, Vertreter der spanischen Regierung beim Völkerbund

Die Verbündeten von 1914 kommen wieder einmal zusammen; aber der Chor, der einst »Deutschland über alle« und den »Königsmarsch« sang, wird jetzt von den frischeren Stimmen der »Glovinazza« unterstützt.

Die Achse Berlin-Rom schafft sich in Burgos die Basis, die sie für die Expansion ihrer Politik an diesem äußersten Ende Europas gebraucht. Von dort aus werden Berlin und Rom die westlichen Demokratien überwachen, über die der Duce sich damals, als er das Gentleman-Agreement unterzeichnete, mit tatsächlich außergewöhnlicher Verachtung ausgesprochen hat.

Die faschistischen Staaten haben so die Möglichkeiten Spaniens als eines Faktors erster Ordnung in der Zukunft Europas einzuschätzen gewußt — und das ist ihr Verdienst. Sie haben der Tatsache Rechnung getragen, daß die Theorie von der Unteilbarkeit des Friedens in sich selbst etwas sehr viel Positiveres und sehr viel Extrakteres enthält als eine einfache doktrinaire oder sentimentale Haltung. Da sie gleichermaßen überzeugt sind — wie wir übrigens auch — daß Spanien nicht neutral bleiben könnte, wenn der Krieg ausbräche, so werden sie versuchen, wenn man

zehn Jahre der SPD.« Ich habe nichts dagegen.

Wohl habe ich eine Geschichte nicht der sozialdemokratischen Partei, sondern der Republik geschrieben, doch gebe ich gerne zu, daß die Republik ohne die Sozialdemokratie nicht denkbar ist. Die vernünftigste, freieste und menschlichste Periode der deutschen Geschichte ist von der Sozialdemokratie vorbereitet und herbeigeführt worden. Ohne die Arbeit der Sozialdemokratie hätte sich Deutschland nicht aus dem Abgrund der Niederlage erheben können. Ohne die Sozialdemokratie hätte es in Deutschland nie eine Zeit gegeben, in der die Arbeiter freie Menschen waren. Ohne sie hätte auch die Republik niemals soziale Reformen durchführen können, die jetzt in Frankreich und in Amerika Nachahmung finden und dort mit Recht als die neuesten großen Errungenschaften gefeiert werden.

Also warum nicht »Die vierzehn Jahre der SPD«? Die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache, sie entheben mich der Notwendigkeit, dem Beispiel des Herrn Olden zu folgen, und gegen ihn nach dem Zensor zu rufen. Sie sind wichtiger als mein bescheidener Versuch, sie in das rechte Licht zu rücken, wichtiger als die Kritik, die Herr Olden an ihm übt, und wichtiger als alle Literatenfehden, die in der Emigration ausgefochten werden. Und somit genug davon! Friedr. Stampfer.

es ihnen erlaubt, Spanien an ihren Kriegswagen festzubinden.

Unzweifelhaft wird Spanien aus dem Kampfe als eine Militärmacht hervorgehen, was immer auch sein Ausgang sein möge.

Es würde ein Militärmacht sein, wenn Franco siegen würde, weil er nur mit Hilfe eines sehr starken militärischen Apparates sich gegen die Feindseligkeit eines ganzen Volkes behaupten könnte. Diese Feindseligkeit ist so stark, daß er heute selbst in den Gebieten, die er beherrscht, und die unter einem brutalen Terrorsystem stehen, täglich seine Zuflucht zu einem halben Dutzend exemplarischer Exekutionen nehmen muß, um der feindseligen Bewegung der Bevölkerung Herr zu werden. Und außerdem, weil seine faschistischen Verbündeten ihn zur Schaffung eines Heeres, einer Luftwaffe und von Flottenstützpunkten im Dienste ihrer Kriegspolitik zwingen werden, um so viel Nutzen wie möglich aus ihrer gegenwärtigen Zusammenarbeit zu ziehen.

Auch wenn wir siegen, woran wir nicht einen einzigen Augenblick zweifeln, wird Spanien eine Militärmacht sein, weil wir nicht leicht die Erfahrungen der letzten Monate vergessen werden, in deren Verlauf eine Handvoll Generale, die Verräter an ihrem eigenen Lande sind, die größte Infamie haben fortsetzen können, die jemals gegen das spanische Volk begangen worden ist, dank der Unterstützung der faschistischen Staaten.

Das Argument, daß Spanien am Ende des Krieges so erschöpft sein würde, daß es sich nicht den Luxus erlauben könnte, eine militärische Macht zu werden, fällt in sich zusammen, wenn man sich erinnert, wie die Sowjetunion, die fast alle Völker schon als tot ansahen, als ich sie zum ersten Male im Jahre 1922 als Delegierter Nansens besuchte, aus dieser Prüfung mit ihrer bewundernswerten Vitalität von heute hervorgegangen ist. In dem einen wie in dem anderen Falle wird es also ein starkes militärisches Spanien geben. Aber in wessen Dienste?

Da gewisse Teile der demokratischen Meinung in Europa sich in dem Irrtum verrennen, da sie glauben, man könne den Krieg verhindern, indem man die Augen schließt, und daß eine Politik der Kapitulation die beste Friedenspolitik sei, da sie glauben, sich von ihrer historischen Verantwortung befreien zu können, indem sie sagen: »Der spanische Bürgerkrieg ist eine Angelegenheit, die nur die Spanier angeht«, so hat der internationale Faschismus in seiner brutalen Realistik schon auf die Frage geantwortet, die wir soeben gestellt haben. Er sagt: »Das Spanien von morgen wird in unserem Dienste stehen, und da die Faschisten ernste Leute sind, so haben sie schon damit begonnen, die tatsächliche Knechtschaft Spaniens zu verwirklichen. Sie haben mit gutem Grunde vom ersten Tage ab in den

spanischen Ereignissen eine eminent internationale Angelegenheit gesehen, und sie haben es verstanden, aus jeder Schwäche der anderen Nutzen zu ziehen. Sie wissen, daß wenn die Welt alarmierter wird, es genügt, eine einfache Deklaration abzugeben, die die Achtung der Integrität von Spanisch-Marokko und den Balearen enthält, damit wieder Ruhe eintritt.

In Marokko sind es in der Tat noch die rebellischen Generale, die wie man von außen beurteilen kann, das Kommando zu führen scheinen; die wachsende Germanisierung des Protektoratsgebiets ist noch nicht dazu gelangt, das Hakenkreuz auf den weißen Burbus des Kalifen zu stecken. Auf den Balearen hat sich die zu deutlich sichtbar gewordene Silhouette des Grafen Rossi diskret zurückgezogen; aber alle seine Mitarbeiter sind geblieben. Auf den canarischen Inseln, die viel zu sehr vergessen werden, arbeiten die Marinetechniker sehr aktiv, ohne Geräusch zu machen.

Wenn man Garantien gibt — die übrigens von jenen gegeben werden, die die Verletzung der Verträge zur Praxis ihrer internationalen Politik gemacht haben — und wenn man sie mit einem Seufzer der Erleichterung hin nimmt, so vergißt man, daß für die praktischen Zwecke und unter dem Gesichtspunkt der Drohung gegen die Demokratie des Westens eine Einflußzone dieselbe Bedeutung hat wie ein annektiertes Gebiet. Es genügt den römischen und den Berliner Kanzleien zu wissen, daß die Balearen und die canarischen Inseln, ohne daß ein Flaggenwechsel erfolgt, morgen ausgezeichnete Flotten- und Luftstützpunkte unter Franco sein werden, die zur restlosen Verfügung ihrer tatsächlichen Besitzer stehen würden, und daß im marokkanischen Protektorat ohne jede Notwendigkeit der Aenderung der Verträge Hunderte von deutschen Agenten sich niederlassen könnten mit dem Auftrag, im benachbarten Gebiet Unruhe zu stiften, und daß die von dem Generalissimus eingeladenen Techniker dafür sorgen würden, daß die während der Periode der Rebellion begonnene Arbeit gekrönt werde.

In wessen Dienste wird das Spanien von morgen stehen? Im Dienste des internationalen Faschismus, der seine Pranke gegen die Existenz der westlichen Demokratie erhebt, oder im Dienste der kollektiven Sicherheit und des Friedens, im Dienste einer wohldefinierten Politik, die in erster Linie mit den Interessen Frankreichs und Englands zusammentritt?

Das ist für mich der grundlegende Gesichtspunkt. Indem ich die wesentlichsten Elemente zur Beurteilung dieser Frage offen lege, wünsche ich, daß die Stimme des republikanischen Spaniens gehört werde, das sich schlägt und sein Blut vergießt nicht allein für sich selbst, sondern für alle Demokratien gegen den Faschismus.

Kleine Rassentragikomödie

Rechter Hand, linker Hand, beides vertauscht...

Stände sie nicht mit allen Detail in Westdeutschlands größtem Blatte, dem »Westdeutschen Beobachter«, man könnte glauben, daß der nachstehende Bericht über eine Gerichtsverhandlung in Köln eigens erfunden sei, um die deutsche Rassengesetzgebung zu verhöhn.

Fritz Kirchheimer heißt er, 23 Jahre alt, Reisender, so strohblond sein Haar, so blau sein Auge, so hell sein Teint, daß er »nach seinem gesamten Aeußeren keineswegs den Eindruck machte, ein Judenstämmling zu sein«. Er war es aber mit der ganzen Quantität seines Blutes, das ungeachtet der arischen Fassade in orientalischer Sinnelust garte. Eines Tages lernte er in einem Restaurant ein junges Mädchen kennen, in deren Herz er sich mit dem Raffinement seiner Rasse einzuschmeicheln verstand, zumal sie keine Ahnung davon hatte, daß es sich bei ihrem Geliebten und Wohngenossen um einen Juden handelte.

Soweit ist die Geschichte mitsamt ihrer Szenerie vor Gericht ziemlich banal. Hier aber entwickelte sich die folgende Tragikomödie.

»Wie der Angeklagte nicht den Eindruck eines Juden machte, so sehr war die Zeugin von geradezu auffallend jüdischem Typus. Auf den ersten Blick hätte jeder Unbefangene sie zweifellos für eine Vollblutjüdin angesehen. Wenn der Angeklagte mit diesem Einwand gekommen wäre, so würde er damit bestimmt keinen Zweifel erweckt haben. Die Zeugin erklärte aber, sie sei arischer Abstammung und katholischer Religion. Allerdings wußte sie von ihrer Mutter nur, daß sie ein angenehmes Kind gewesen war. Von ihren Großeltern mütterlicherseits wußte sie überhaupt nichts, hatte diese auch nie gekannt. Nach ihrer eidlichen Bekundung hat sie zuerst nicht gewußt, daß der Angeklagte ein Jude war.«

Es lag also ein Kurzschiuß vor, der die klare Linie der Rassen- und Sippenforschung auf peinliche Weise unterbrach! Der hochblonde Fritz, die tief schwarze Grete: zwei lebendige Zeugen gegen die Güntherschen Rassentafeln, die zum Glaubensbekenntnis und zum Wissenssatz des Nationalsozialismus gehören. Der Staatsanwalt der Kölner Strafkammer wollte die Problematik dieses aufregenden Tatbestandes, der an sich schon heimtückisch und staatsfeindlich war, am liebsten übergehen. Er donnerte wider die »Dreistigkeit« des Angeklagten und forderte gegen den noch gänzlich unbestraften Fritz eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren drei Monaten nebst drei Jahren Ehrverlust.

Mehrere Stunden hindurch dauerte die Beratung der Kammer. Aus der Gerichtsbibliothek wurde ein Buch nach dem andern beordert, um sich über die Möglichkeit rassi-

Völkerrecht

Wenn einer der Unsern in euerm Land solange zündelt und schwindelt und hetzt, bis endlich ein Aufstand mit Giftsuch und Brand

eure Städte zerstört, eure Menschen zerfetzt —

wagt nicht, diesen Mann untern Galgen zu führen,

wagt nicht, diesen Mann auch nur hart zu berühren.

Die Verhaftung ist schon eine Provokation.

Wenn tausend von uns, teils zu Schiff, teils zu Fuß,

im Tank und im Flugzeug, mit Bomben und Gift

euer Land überziehn, wenn ihr tödlicher Gruß eure Städte und Dörfer im Lebensnerv trifft —

so merkt euch: wir wollen euch sittlich erneuern,

wagt nicht (wie auf Kriegsgegner) auf uns zu feuern,

denn das wäre ja schon eine Provokation.

Wir haben in unserem eigenen Reich das Leben der Bürger ja auch nicht geschont. Euch lieben wir gleich und behandeln wir gleich,

nur — fügt euch! Wir sind keine Notwehr gewohnt,

und wagt ihr das Werk unsrer Helden zu hindern,

geb acht! Wir vergelten's an Frauen und Kindern.

Das ist nur der Lohn — keine Provokation — denn wir als das starke und edle Geschlecht sind immer im Recht. H.—n.

Eine Deutsche erzählt englisch

Lilo Linke »Restless Flagg«

1914. Ein achtjähriges Mädchen fährt bei Kriegsbruch mit seinen Eltern aus der ostpreussischen Sommerfrische nach Berlin. 1933. Eine 27jährige nimmt in Berlin Abschied von der Mutter, um nach England zu emigrieren. Was an persönlichen und bewußt erlebten allgemeinen Schicksalen darzwischen liegt, ist auf 350 Seiten in englischer Sprache erzählt. Das Buch heißt »Restless Flagg« (Ruhelose Fahnen) und ist bei Constable and Co. Ltd. in London erschienen.

Die Eltern sind Kleinbürger in Berlin O. Lilo erlebt das typische Schicksal des großstädtischen Kriegskindes. 1918 sieht sie rote Fahnen und hört, wie ihre Mutter die Kommunisten verflucht, doch sie versteht nichts davon. 17jährig wird sie Lehrmädchen in einer Leihbücherei beim Postdamer Platz. Hier stillt sie ihren Bildungshunger und erlebt erste Liebesabenteuer. Aus schwüler Luft rettet sie sich in die Frische der Wandervogelbewegung. Sie wird Mitglied einer unpolitischen aber republiktreuen Gewerkschaft: Jungsozialisten, Nie-wieder-Krieg, Nacktkultur, und andere Bewegungen der Zeit treten zum ersten Mal in ihren Gesichtskreis. Es gibt Ausflüge, Reisen, Diskussionen, platonische Freundschaften, doch das Ganze endet mit Krach und Bruch.

1926 geht Lilo nach Hamburg und nimmt dort eine Stellung an. Ein junger Mann bringt sie in den Kreis der Jungdemokraten, an dem sie mit lebhaftem Interesse teilnimmt. Sie bewirbt sich um eine Anstellung bei der Partei, deren Größen sie auf einer Konferenz in Heidelberg kennen lernt, und wird schließlich rechte Hand des Generalsekretärs der Jungdemokraten in Berlin. Jetzt beginnen auch bekannte Figuren aufzutreten: Koch, Kütz, Georg Bernhard und Lemmer (für den sie ein sehr durchsichtiges Pseudonym erfindet). Sie ist nun überzeugte Demokratin, erkennt aber, daß sich im kapitalistischen System die soziale Gerechtigkeit nie verwirklichen läßt. So müßte sie Sozialdemokratin werden, fände sie nicht, daß die Sozialdemokratie eigentlich doch rechts von den Jungdemokraten stände...! Nach dem Zusammenbruch der demokratischen Partei kann sie sich doch nicht zum radikaldemokratischen Experiment entschließen — einer hoffnungslosen Parteigründung, die einige ihrer Freunde unternehmen — sondern tritt in die Sozialdemokratische Partei ein.

Inzwischen ist es schon kurz vor zwölf. Sie erlebt eine Hitlerversammlung, deren barbarischer Fanatismus sie abstößt. Sie steht nun, politisch geschult, in den Reihen der Sozialdemokratie. Mit Bitterkeit im Herzen, aber in klarer Erkenntnis, daß es anders nicht geht, stimmt sie 1932 für Hindenburg. Am Morgen nach dem preussischen Staatsstreich kommt sie in eine parteigenössische Familie und findet ihren Freund Karl übermächtig in Reichsbanneruniform — er hat die ganze Nacht gewartet, ob ihn die Führer nicht rufen würden... Dann kommen die Wahlstege Hitlers, der steigende Terror, die Verzweiflung, die

Verwirrung. Lilo nimmt von ihrer Mutter, einer gläubigen Hitlerverehrerin, Abschied und fährt nach England.

Das Buch würde verdienen, auch in deutscher Sprache zu erscheinen. Es ist in Form einer Selbstbiographie ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der jüngsten Vergangenheit, und für die Politik ist manches daraus zu lernen. Man begreift, daß die junge Generation von 1925 ganz anders als etwa die von 1890 die Sozialdemokratie erleben mußte — das war nicht mehr die kleine geächtete Minderheit, zu der man sich in schweren inneren Kämpfen durchrang, sondern eine regierungsfähig gewordene Massenpartei, die an den politischen Verstand appellierte, nicht mehr an die Phantasie und an die Leidenschaft. In Lilo Linkes Darstellung, die den Eindruck großer Aufrichtigkeit macht, würde das Gefühl überhaupt kaum noch eine Rolle spielen, wenn es nicht als Abwehrreaktion gegen die braune Barbarei lebendig würde. War am Ende diese Wiedererweckung eine geschichtliche Notwendigkeit? F. St.

Aufsatzthemen — zeitgemäß

Deutsche und Polen mitten im Göring-Beck-Arrangement...

»Der Auslandsdeutsche« vom April dieses Jahres in Stuttgart, der vom »Deutschen Auslandsinstitut« in dieser »Stadt der Auslandsdeutschen« mit mannigfachen fetten Spesenrechnungen, die man an Herrn Göbbels weiterzuleiten hat, herausgegeben wird, schreibt über das auch noch außerhalb einer gewissen Kabinettpolitik ganz interessante Thema des Verhältnisses der Deutschen und Polen:

scher Abnormitäten oder Querverbindungen im Zusammenhang mit den Nürnberger Gesetzen zu informieren. Wir kennen das Resultat dieses Studiums nicht im einzelnen, sondern nur das Ende der Verhandlung: Vertagung, weil sich das Gericht nicht entschließen könnte, ein Urteil wegen Rassenchande zu fällen, »ehe nicht auch die Abstammung der Zeugin geklärt sei«. Eingehende Erhebungen sollen feststellen, ob die Zeugin »einwandfrei arischer Abstammung« oder vielleicht »nicht-arischer Herkunft« sei. Im letzten Falle würde natürlich überhaupt keine Rassenchande vorliegen...

Fritz K. mußte jedenfalls wieder in die Untersuchungshaft zurück. In acht Wochen soll er wieder vor Gericht erscheinen. Möge es der Himmel gnädig mit ihm meinen: daß die Untersuchung der Sippenfahne seiner Greta eine ausreichende Portion nicht-arisches Blut konstatiert! H.

Wohnungsnot wächst — Wohnungsbau nimmt ab!

Um ihrer Vorliebe für kostspielige Parteipaläste willen und um die phantastische militärische Aufrüstung durchführen zu können, haben die Nationalsozialisten jahrelang den Wohnungsbau in der rigorosesten Weise gedrosselt. Die vorher für diesen sozialen und gemeinnützigen Zweck zur Verfügung gestellten öffentlichen Mittel wurden gestrichen, sodaß der Zuwachs von Wohnungen und Kleinsiedlungen, der unter dem »Weimarer System« beträchtlich zugenommen hatte, im Dritten Reich stark zusammenschumpfte.

Die Folge war, daß die Wohnungsnot sich verschärfte. Weiterblickende Kommunal- und Sozialpolitiker signalisierten den Machthabern die Folgen, die sich beim Anhalten dieser Entwicklung ergeben könnten. Das führte schließlich dazu, daß die Kreditperre für den Wohnungsbau ein wenig gelockert und außerdem mit viel Reklame eine Aktion für den Bau von Arbeiterwohnungen eingeleitet wurde.

Aber diese Aktion ist sehr rasch stecken geblieben. Der Rohstoffmangel, den man bei der Aufrüstung nicht spürbar werden lassen möchte, der auch den Bau der Parteipaläste kaum verzögert — er wird für die neuerliche Einschränkung des Wohnungsbaues verantwortlich gemacht.

Im ersten Vierteljahr 1937 hat der Wohnungs- und Siedlungsbau im Vergleich zum ersten Vierteljahr 1936 einen bedeutenden Rückgang zu verzeichnen. So ist die Zahl der Baubeginne auf 18.070, die Zahl der Bauerlaubnisse auf rund 20.500 zurückgegangen. Bei den ersten beträgt der Rückgang 8,7%, bei den letzteren gar 18,3%! Die Bauanträge selbst sind nur um 13% zurückgegangen, ein Beweis dafür, daß für einen erheblichen Teil der geplanten Wohnungsbauten der notwendige Unbedenklichkeitsbescheid verweigert worden ist. Auch die Zahl der mit Kleinsiedlungsmitteln hergestellten Wohngebäude ist von 1451 im ersten Vierteljahr 1936 auf 787 im ersten

In der letzten Rede, die Joseph Göbbels anlässlich des Kirchenkonfliktes am 28. Mai in der Deutschlandhalle gehalten hat, war im ersten Teil eine Registrierung passiert. Göbbels hatte zweimal angesetzt, um mit den bekannten Argumenten gegen Lohnerhöhungen zu sprechen. Das Verhängnis, daß jede Lohnerhöhung eines Preiserhöhung im Gefolge haben müßte, hätte sich im Ausland erwiesen. Aber hier versagte die Clique, denn es ist wohl auch den dümmsten Nazis nicht verborgen geblieben, daß im Dritten Reich ohne Lohnerhöhung eine furchtbare Teuerung der Lebensmittelpreise um sich gegriffen hat. Nach den neuen Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung wird für Butter eine Preissteigerung von 35 Prozent, für Margarine sogar um 44 Prozent seit 1933 ausgewiesen. Göbbels half sich bei dieser Stelle seiner Rede über das eisige Schweigen seiner unbeegeisterten Hörer mit der Bemerkung hinweg: »Ich weiß, daß das unpopulär ist.«

Die Entwertung der Löhne wird aber außerhalb der Deutschlandhalle noch weit bitterer empfunden. Es ist bald komisch, mit welchen Mitteln gegenüber dieser wachsenden Mißstimmung nun der »Aufklärungsdienst« betrieben wird. Die »Soziale Praxis« vom 21. Mai bringt umfangreiches statistisches Material über die »Arbeitsverdienste in der deutschen Industrie«. Wir wollen nicht wiederholen, wie diese Ergebnisse errechnet worden sind. Die neue amtliche Lohnerhebung, die sich auf 15 Gewerbe erstrecken soll, wird diesmal um zwei große Industrien gekürzt. Einmal ist die Eisen- und stählerzeugende Industrie, über die zuletzt im November 1935 berichtet worden war, inzwischen aus der Gesamtstatistik herausgenommen worden und zum anderen ist stillschweigend der gesamte Bergbau verschwunden. Es muß ferner auffallen, daß für die verbleibenden Gewerbe Löhne aus den Erhebungen vom August 1935, Dezember 1935, März 1936, Juni 1936 angegeben werden. Die letzte amtliche Erhebung vom Dezember 1936 wird unterschlagen, so daß

Vierteljahr 1937 also um rund 50%, zurückgegangen!

Besonders scharf hat sich diese rückläufige Entwicklung im Wohnungsbau im März 1937 ausgeprägt. In diesem Monat betrug in den Groß- und Mittelstädten die Abnahme der Bauerlaubnisse 29,9%, der Baubeginne 26,2%.

Daraus darf geschlossen werden, daß die mit dem Mangel an Baueisen begründete Einschränkung des Wohnungsbaues in den folgenden Monaten noch fühlbarer und die Wohnungsnot, unter der freilich nur die ärmeren Bevölkerungsschichten zu leiden haben, noch drückender werden wird.

gehagelt, daß die Leitung der Hitler-Jugend sich endlich genötigt sieht, »Abhilfe zu schaffen« und ihren kleinen Soldaten eine gewisse Freizeit für die Schularbeiten einzuräumen. Nur leider — die Sache hat einen Haken. In der Presse wird nämlich bekanntgegeben:

»Für die Sommerarbeit der HJ hat die Reichsjugendführung einen neuen Dienstplan ausgearbeitet, der in diesen Tagen den nachgeordneten Dienststellen bekanntgegeben wird. Der Dienstplan unterscheidet zwischen dem Pflichtdienst und einem Freiwilligendienst. Zum Pflichtdienst gehört der Heimabend, der einmal wöchentlich durchgeführt wird und zwei Stunden dauert. Ferner einmal im Monat eine Wochenendausfahrt oder eine Tagesfahrt. Ein Sonntag im Monat ist dem Sport vorbehalten.

In der sportlichen Betätigung wird jetzt in den Sommermonaten vor allem auch der Geländesport bevorzugt werden. Dazu kommt Kleinkaliberschießen, bzw. Luftgewehrschießen für das Jungvolk. Ueber diesen Pflichtdienst hinaus steht es allen Jungen und Mädchen frei, sich an dem freiwilligen Sportdienst, der wöchentlich einmal zwei Stunden und an zwei Sonntagen des Monats durchgeführt wird, zu beteiligen.

Ein Sonntag für die Wochenendausfahrt, ein Sonntag für den Pflichtsport, zwei Sonntage für den freiwilligen Sport. Das sind vier Sonntage, und mehr pflegt ein Monat nicht zu haben. Neu ist nur, daß es nun auch einen »freiwilligen« Dienst gibt, der natürlich genau so freiwillig ist wie etwa die Winterhilfsabgaben oder das Anhören der Führerreden oder der 1.-Mal-Aufmarsch. Wehe dem Kind, das fernbleibt. Immerhin — die Eltern sollen sich noch einmal bedanken! Die HJ zwingt doch keinen — die Jungen wollen ja schlie-

Lohn und Arbeitszeit

»Unebenes Gelände in der Lohnfrage«

die ganze Veröffentlichung überhaupt nur überholte Zahlen enthält. Es ist auch in keiner Weise ersichtlich, inwieweit Zeit oder Akkordlöhne zugrunde gelegt sind. Trotzdem bleiben die errechneten Löhne hinter den tatsächlichen Arbeitsverdiensten zurück, wie sie noch im Statistischen Jahrbuch 1933 aus der Zeit der Republik bekanntgegeben werden mußten. Im Baugebergebnis ergeben sich z. B. folgende Vergleichsziffern:

	Bruttostundenverdienste (in Pfennig)		
	1932	1935	1936
	Aug.	Sept.	Juni
Maurer	97,9	80,2	80,9
Zimmerer	99,8	84,0	84,1
Bauhilfsarbeiter	81,6	68,0	69,0
Tiefbauarbeiter	70,9	61,0	62,1

Die »Soziale Praxis« hebt hervor, daß die Steigerungen der Löhne in den Gewerben, in denen die Zunahme des Arbeitsbedarfes besonders stark ist, den höchsten Grad erreicht hat und führt die Metallindustrie als Beispiel an. Die Zahlen zeigen, daß in diesem Zweig, d. h. in der Rüstungsindustrie, die Löhne hinter der früheren Zeit ebenso zurückbleiben wie die der Bauarbeiter.

	Metallverarbeitende Industrie:		
	1931	1935	1936
	Okt.	Dez.	Juni
Facharbeiter	113,9	96,4	98,3
Angelernte Arbeiter	101,7	84,5	86,9
Ungelernte Arbeiter	79,0	65,8	66,8

In den übrigen Gewerben ist der Lohnrückgang im Dritten Reich gegenüber der Zeit vor 1933 noch deutlicher. Wir erwähnten das Bau- und Metallgewerbe, weil die »Soziale Praxis« beide hervorhebt und auf Grund ihrer Veröffentlichung zu dem Ergebnis gelangt, daß die Löhne allgemein vom März bis Juni 1936 um rund 2 Prozent gestiegen seien, das Blatt fügt aber selbst hinzu:

»Die Ursache hierfür liegt in einer Verlängerung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit um etwa 1,7 Prozent im Gesamtdurchschnitt.«

In einer Bemerkung zur Lohnsteigerung in der Metallindustrie heißt es:

»Diese Erhöhung dürfte überwiegend auf ein stärkeres Gewicht der Ueberstundenzuschläge zurückzuführen sein.«

Tatsächlich liegt in der verlängerten Arbeitszeit der Schlüssel zu den Lohnschwankungen, die sich zwischen 1935 und 1936 ergeben haben. Die Löhne sind unter dem Hitler-Regime dauernd gesunken, ein geringer Teil des Lohnverlustes wird ausgeglichen durch eine maßlose Ausbeutung der Arbeitskräfte in verlängerter Arbeitszeit.

Die Hitler-Regierung hatte 1933 die Internationale Arbeitskonferenz verlassen, weil sie jede Bindung an den Achtstundentag los sein wollte. Heute zählt Deutschland zu

den Ländern mit der längsten täglichen Arbeitszeit. Die sog. Arbeitszeitverordnung war 1934 derart abgeändert worden, daß die Bemessung des Arbeitstages ganz in das Belieben des Betriebsführers gestellt ist. Ein Achtstundentag existiert nicht mehr. In der Rüstungsindustrie ist die zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit längst keine Seltenheit mehr. Es gibt Tarifordnungen, in denen für Arbeiter, bei denen in erheblichem Umfang »Arbeitsbereitschaft« vorliegt, wie Wächter, Pförtner, eine wöchentliche Arbeitszeit von 60, aber auch 72 Stunden zulässig ist.

In den Betriebsordnungen ist die Einschaltung von Sonn- und Feiertagsarbeit vorgesehen. Außerdem kann der Ausfall an Arbeitsstunden innerhalb von vier Wochen nachgearbeitet werden, ohne daß eine Ueberstundenvergütung zu erfolgen braucht.

Die Erklärung der »Sozialen Praxis«, daß im Durchschnitt eine Arbeitszeitverlängerung um 1,7 Prozent erfolgt sei, ist von der Wahrheit nicht weniger weit entfernt, wie die übrigen Zahlen dieser Statistik. Sie kann das Komma streichen und wird mit 17 Prozent ungefähr das Richtige treffen.

Es gibt allerdings eine unfreiwillige Arbeitszeitverkürzung im Dritten Reich, nämlich in jenen Betrieben, die trotz der Heeresaufträge Felerschriften einlegen und Kurzarbeit anordnen müssen, weil ihnen die Rohstoffe fehlen. Die Regel aber bildet in der Rüstungsindustrie ein unerträgliches Arbeitstempo, dessen gesundheitschädliche Folgen aus neueren amtlichen Veröffentlichungen bereits herauszulesen sind.

Das ganze Lohnelend der deutschen Industriearbeiter ist nur zu ermessen, wenn man die ohnehin unzulänglichen Wochenverdienste im Zusammenhang mit der übermäßig langen Arbeitszeit betrachtet. Dieses erschreckend bunte Bild des heutigen Deutschland deutet die »Soziale Praxis« nur ganz verschwommen an, indem sie zum Schluß ihrer Uebersicht schreibt:

»Das Lohnniveau bildet keineswegs ein einförmiges ebenes Gelände, es ist ein abwechslungsreiches Gebiet mit vielen Höhen und Tiefen. Das lassen die Lohnerhebungen deutlich erkennen.«

Einige Wochen vorher hatte die »Soziale Praxis« noch soviel Mut, die soziale Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit auszusprechen, heute wird nur noch von dem unebenen Gelände der Lohnfrage gesprochen. Daß Herr Göbbels in seinen Phantasien über die soziale Leistung des Führers das Wort Arbeitszeit nicht zu gebrauchen wagte, versteht sich am Rande.

In den weiteren Unterhaltungen über »Schönheit der Arbeit« dürften die Nazis manchmal daran erinnert werden, daß eine sozial erträgliche Arbeitszeit noch wichtiger wäre, als Blumentöpfe an den Fenstern der Fabrik.

Ben statt zu lernen! — So werden Beschwerverführer durch Gaunertricks mundtot gemacht.

Die Stimme des Blutes

In der »Preussischen Zeitung« Nr. 144 erschien folgende Anekdote:

»Ludwig Börne befand sich in seinem zwanzigsten Lebensjahr mal in der Gesellschaft älterer Herren und wurde gegen seinen Willen in ein Gespräch verwickelt. Einer der Herren, der sich mit seinem Standpunkt nicht durchsetzen konnte, denselben aber um so heftiger verteidigte, fuhr den jungen Börne, der seine Meinung geschickt zu vertreten wußte, mit folgenden Worten barsch an: »Als ich noch so ein junger Mensch war wie Sie, war ich noch ein recht großer Esel!«

»Da haben Sie sich aber ganz hervorragend gehalten!« antwortete Börne kurz und verließ die Gesellschaft.«

Ein böswilliger, meckerischer Einsender hat also nachprüfen wollen, ob in seinem Redakteur »die Stimme des Blutes« spricht. Sie hat nicht gesprochen, er hat den Juden Ludwig Börne-Barbusch nicht gewittert, er hat ihm sogar gegen einen Arier recht gegeben, die ganze Blubo-Erziehung war für die Katz.

Kleine Regiefehler

Auf einer »Kulturtagung« in Danzig sagte Göbbels unter anderem nach dem »Angriff«:

»Es sind auch noch niemals in Deutschland so viele Talente entdeckt worden wie heute, niemals ist so viel gebaut, gedichtet, komponiert und gemalt worden, wie in den letzten vier Jahren, und niemals hat über dem Künstler eine so großzügige staatliche Organisation als warmherziger

Förderer gewaltet wie heute, als ein Förderer, der ständig auf der Suche nach Talenten ist und sich jedes Talents annimmt, das er nur finden kann.«

In der gleichen Nummer des »Angriff« liest man in einem Bericht über eine Tagung der Reichsstelle für Förderung des deutschen Schrifttums in Nordkirchen:

»In den Vorträgen kam zum Ausdruck, daß der Reichtum des deutschen Lebens nicht durch Uniformierung geschmälert werden dürfte. In diesem Zusammenhang verdient der Ausspruch Hagemeyers Beachtung, daß schöpferische Vorgänge sich nicht organisieren ließen, und daß man Geduld üben müsse, damit die schöpferischen Kräfte, die einmal kommen offene Ohren finden.«

Dieser skeptische Hagemeyer scheint noch nicht genügend ausgerichtet zu sein. Wenn er diese Extratour wider die Ansichten seines Herrn und Meisters nur nicht hart blühen muß!

Feuerwehr!

»Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei stellt in einem Rundschreiben fest, daß die von ihm angestrebte Verjüngung des Führerkorps der Feuerwehren, die für die Schnelligkeit des Einsatzes unbedingt notwendig ist, nicht überall durchgeführt wird... Der Reichsführer wendet sich auch gegen die vielfach auf Grund der bisherigen Vorschriften noch üblichen »Führerwahl« und erklärt, daß Führerwahlen, die auf Grund von Mehrheitsbeschüssen der Mitgliederversammlungen zustandekommen, mit den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung nicht vereinbar sind...«

(Deutsche Zeitungsmeldung)

„Freiwillig“

Es hat wieder so viele Eltern- und Schulbeschwerden gegen den totalen Jugenddrill

Die braune Schlammflut

Von Röhm und Schirach bis zum Pater Soundso

Ich spreche hier als deutscher Familienvater, dessen kostbarstes persönliches Gut auf Erden seine vier Kinder sind... Ich kann als solcher die Gefühle der um die Seele und um den Körper ihrer Kinder betrogenen Eltern verstehen, deren kostbarstes Gut hier vertiert und skrupellosen Jugendschändern ausgeliefert gewesen ist.

(Göbbels am 28. Mai.)

Nicht die verlogene Reinigerpose, nicht das Geschimpfe gegen die Kirche, nicht die künstlich aufgedonnerte Entrüstung über die »Verbrechen hinter Altar und Klostermauern«, nicht dieses Wühlen im Schwülen, war an Göbbels jüngster Rundfunkrede das Widerlichste. Nein, das Beschämendste für das deutsche Volk war das Gebrüll, mit dem das braune Publikum das Getöse des Propagandi begleitete, das hysterische Gekreisch veretzter Hitlerliken: »Hängt die Priester! An den Galgen!« Das Gewieher, wenn Hitlers Schimpfgewaltigster zwischen Altar und Sakristei umher wühlte, Sexualschmutz mit Segen, Kruzifix und Christusbildern berichtete. Und das vor den Ohren hunderttausender Kinder, Unreifer, Halbwüchsiger. Es geht uns schlecht, das Volk meutert, die Rohstoffe fehlen — auf! werft ihm Mönche und Nonnen vor. Her mit der Jugend, impft sie mit Haß und Gemeinheit, besudelt jeden Geisteskampf, damit diese Jugend immun gegen geistige Waffen werde! Welch sozialistischer Freidenker möchte mit dieser volksschändenden, bestialischen Art des Kirchenkampfes irgend etwas gemein haben? Die braune Methode ist stets die gleiche, um welchen »Hauptfeind« es sich immer handelte. Immer überschlägt sich die Entrüstung über die Splitter in den Augen der anderen und immer ist Abwechslung in diesem Programm. Innen wie außenpolitisch. Welche außenpolitische Kampagne, bei der die Gegner nicht zum Abschaum und Kulturschreck degradiert wurden? Das begann mit Rußland, ging mit Litauen weiter, eines Tages könnte es ebenso gut Nicaragua sein. »Oesterreich auf dem Wege zum Bolschewismus!« Selbst Habsburg konspirierte mit dem Kreml gegen Europa. Dann die Tschechoslowakei. Welch eine täglich üppiger werdende Lügenflut, bis die englische Öffentlichkeit dagegen aufstand. Dann Spanien. Die »roten Horden« schänden Nonnen, brennen Klöster und Kirchen nieder, bedrohen die europäische Kultur. Zwischendurch Amerika. Ein Senator spricht gegen die braune Barbarei, ein New Yorker Bürgermeister italienischer Herkunft prangert die braune Weltgefahr an. Auf, dreht den Spieß um: in Amerika regiert die Gangsteri. Neger werden gelyncht, gegen Streikende wird der Gummiknüppel losgelassen. Bei uns ist er abgeschafft. Seht die Bilder und Artikel im »Schwarzen Korps«: Neger braten über dem Lynchfeuer, streikende Arbeiter brechen in Maschinengewehrfeuer zusammen. Ihr redet vom deutschen KZ? Erziehungs- und Erholungsparadiese sind das!

Diese Chuzpe, diese verlogene bieder-männische Kulturmaske, das hat ihnen, seit die Welt besteht, keine Despotie vorgeahmt, das macht ihnen keine nach. Sozialdemokraten, Juden, Liberale, Stahlhelm, Deutschnationale — eine Opposition nach der anderen wurde zum Hauptfeind und Kulturschreck aufgezäumt. Zum Schluß blieben die Reservatrechte der Kirche. Vorsicht, der Führer hat sein Attentat auf die Volksrechte mit dem lieben Gott gemacht. Vorsicht. Wozu haben wir unser altes Kilschee? Und dann gings los: Priester im Bunde mit dem Bolschewismus. Die Kirche zerreißt die deutsche Volksgemeinschaft, weil ihr Judengott international ist... Liefert uns die Jugend aus. Wollt ihr Beweise für die Verkommenheit dieser Kirche? Hier sind sie! Unzucht in Nonnenklöstern, Knabenschändungen hinter Klostermauern, Kirchen als Puff... So lauteten die Ueberschriften der Nazipresse. Die Dreckschleusen auf, damit wir wiederum als die reinen Reiniger dastehen.

Daß es auch hinter Klostermauern sexuelle Irrungen, Wirrungen und Verbrechen gibt, war längst vor Hitler bekannt. Die es sagten, wurden von Hitler und den Seinen als Gottlose, Religionsschänder und Untermenschen denunziert. Damals brauchte das Hakenkreuz die Kirche noch

Und die Kirche segnete ihre braunen Streiter. Wer hätte damals geahnt, daß diese Kostgänger sämtlicher Kirchen, daß diese braunen Schmarotzer des Christentums einige Jahre später mit erpreßten Geständnissen öffentliche Schauprozesse gegen tausend Priester und Nonnen liefern und die saftigsten Verhandlungen per Rundfunk übertragen würden, um Kruzifix und Altar bis zur Unkenntlichkeit zu bedecken! Wer hätte das noch vor einem Jahre ahnen können, als Hitler die Seinen ausziehen ließ, um die spanischen Klöster, Nonnen, Priester und Kruzifixe Arm in Arm mit Allahs Krieger zu retten? Wer Logik, Gesinnung oder den Hauch eines sittlichen Gedankens im braunen Gewürge sucht, wird immer wieder genarrt werden. In diesen Niederungen gilt nur ein Gedanke: Wie bleiben wir an der Krippe? Wie retten wir uns vorm Weltgericht!

Hätte sich die Kirche völlig gleichgeschaltet, die Jugend dem Schwertgott ausgeliefert und Hitler mehr gelten lassen, als Christus — kein Hahn hätte nach dem gekräht, was hinter Klostermauern vorgeht, und Priester umhergehen, ohne bespioniert zu werden. Aber die Kirche bestand auf einem Minimum von Gedankenfreiheit und altchristlicher Ideologie. Also mußte nach altem Rezept »Korruption und Reinigung« gespielt werden.

»Die NSDAP hat selbst ein klares Beispiel gegeben, als sie 1934 über 80 Personen, die in der Partei diese Laster zu stiften suchten, kurzerhand erschließen ließ, so rief Göbbels aus. In den Berichten der Nazipresse fehlt dieser Passus. Wurde er hinterher als peinlicher Zungenschlag empfunden? Reut Göbbels das »kurzerhand erschossen«, daß es nicht in den Berichten kommen darf? Das deutsche Volk könnte ja fragen: Warum denn damals keine Prozesse? Hätten die Röhmlinge etwa zuviel über den stinkenden Nazisumpf und Hitlers Mitwisser-

schaft berichten können? Und damit würde an den Kern der jetzigen Dreckaffären gerührt. Der deutsche Familienvater sucht vorzubeugen:

»Man wird mir vielleicht entgegenhalten: so etwas kann auch wo anderes vorkommen. Gewiß, es kommt auch wo anders vor, und dann greifen auch selbstverständlich die Staatsanwaltschaften ein und tun dem Recht Genüge. Dafür sind ja die Gesetze geschaffen. Wenn man mich nun fragt, warum die Verhandlungen in solchen Fällen nicht öffentlich sind, so antworte ich: Weil es bisher noch keinem anderen Stand eingefallen ist, solche Schweinereien zu decken, und weil sich außerdem in keinem anderen Stand eine derartige hordenmäßige Unzucht breitgemacht hat wie in dem in Frage stehenden.«

Mit solcher Stirn zu lügen, ohne zu ersticken, das will gelernt sein. In einer ganzen Bewegung machte sich diese bodenmäßige Unzucht breit! Nirgends wurde dem Maskulinen krankhafter gehuldet als in der Nazipartei. Die deutsche Kriminalpolizei könnte das aktenmäßig belegen. Röhm, Heines, Ernst, eine Reihe hitlerscher Jugendführer, waren dem Osaf mindestens zehn Jahre vor dem 30. Juni als aktive Homos bekannt. Sie blieben trotzdem seine Liebhaber; er machte die Böcke zu Gärtnern. Die antifaschistische Presse hat vor 1933 den schwulen Sumpf des braunen Lagers immer wieder aufgedeckt, ganze Listen brauner Perverser und Schänder aufgestellt — nichts geschah. Die Kinderschänder blieben Jugendführer. Erst als einige der Oberschwulen in den Verdacht oppositioneller Gesinnung gerieten und mit der Berliner Clique in Rivalitätskämpfe gerieten, erst da und deshalb erfolgte der 30. Juni. Hunderte wurden gemeuchelt, die nichts mit den 175ern zu tun hatten.

Noch heute spielen Röhmlinge in der NSDAP eine leitende Rolle. Baldur von Schirach ist immer noch Jugendführer

und Führers Liebling. Ein Günstling Görings, Staatsrat und Intendant des Berliner Staatstheaters, mußte des Scheins wegen heiraten. Eine Ehe zwischen zweien, die beide in punkto punkti durchaus »artfremd« empfinden und dem eigenen Geschlecht huldigen. In Berlin pfeifen es die Spatzen von den Dächern. Vernünftige Menschen betrachten das als Privatsache, sofern die anormale Veranlagung nicht gerade Minderjährige gefährdet. Aber daß dieselben Braunen als Sittenrichter auftreten, die sich mit perversen Günstlingen umgeben, die Röhmlinge auf die Jugend losließen und in den Händen der Hitlerjugend wie in den SA-Kasernen noch heute reichlich zu reinigen hätten, das macht diese Heuchelei eckelhaft bis zum Erbrechen.

Diesen Sumpf kennt Göbbels sehr gut und er weiß, wie man Kardinalen den Mund stopft. Er droht allen, die in dieser Sache ein deutliches Wort riskieren könnten:

»Untersteht sich noch einmal eine dieser Stellen, Mißtrauen gegen die Unantastbarkeit und Sauberkeit der deutschen Justiz zu säen, dann werden wir einige sehr hohe Personen des Klerus vor die Notwendigkeit stellen, vor Gericht unter Eid Rede und Antwort zu stehen.«

Eine feine Erpressermethode. Wenn »hohe Personen« des Klerus vorhanden sind, die von den Verbrechen gewußt haben oder allerhand auszusagen hätten, warum zitiert man sie nicht vor Gericht? Der deutsche Familienvater gibt damit zu, daß es nicht um Reinigung geht, sondern um politische Greuelpropaganda, daß man vor den »hohen Personen« Halt macht, um drohen, bluffen und politisch erpressen zu können.

Wenn der Vatikan nicht selbst der Gefangene politischer Intrigen und reaktionärer Umtriebe wäre, so könnte er den braunen Reinigern eine Antwort geben, die selbst einem Göbbels die Luft verschlüge!

Der braune Offiziersnachwuchs

Das Reichsheer als nationalsozialistische Versorgungsanstalt

Die für den Offiziersnachwuchs verantwortlichen Männer im Reichsheer ringen die Hände. Die meisten jungen Leute, die ihnen von der Partei als besonders geeignet teils empfohlen, teils aufgezwungen werden, bringen soviel Selbstüberschätzung, Schmarotztradition, Ahnungslosigkeit und Brutalität mit, daß sie jede Disziplin stören und — was schlimmer ist — die Mannschaften in eine unheilbare Oppositionsstimmung hineinkommandieren. Da offenbar Bitten und Beschwörungen erfolglos geblieben sind, versucht man es gegenwärtig mit einer vorsichtigen Pressekampagne. Hier und da erscheinen — offensichtlich von hohen militärischen Stellen inspirierte — Artikel, die sich mit der Nachwuchsfrage auseinandersetzen und zu sehr pessimistischen Feststellungen gelangen. So zitiert die »Deutsche Allgemeine Zeitung« in ihrer Nummer 232 das »Militär-Wochenblatt« Nr. 43:

»Man hat merkwürdige Begründungen gehört, warum ein junger Mann den Offizierberuf als Laufbahn wählt. Da herrsche Betrieb, sagt der eine. Ein anderer läßt durchblicken, daß er sich eine gute Versorgung für die Zukunft verschafft. Andere sind vielleicht der Ansicht, weil sie sportlich gewisse Leistungen aufzuweisen haben, sei der Offizierberuf das Richtige für sie. Sie sehen verächtlich auf diejenigen herab, die sich wissenschaftlich weiterbilden und oft als Bücherwürmer evrschrien sind.

Im Herbst dieses Jahres werden wieder viele junge Deutsche als Fahnenjunker bei den Regimentern der Wehrmacht eintreten. Beim Heer, bei der Marine und bei der Luftwaffe. Sie müssen sich darüber klar sein, daß die höchsten Ansprüche an sie vom ersten Tage an gestellt werden. Jeder prüfe sich reichlich, ob er dazu jederzeit bereit ist. Wenn nicht, bleibe er fern.«

Noch deutlicher wird Dr. Joachim Fischer-Mainz in einem Aufsatz, der durch die »Wehrbellagen« der Tagespresse geht. Er teilt die deutschen Offiziere in »drei wesensmäßige Gruppen« ein: in die Stabsoffiziere, die den Weltkrieg mitgemacht haben und denen »unsere bewundernde Achtung gehört, weil sie die Brücke für die militärische Zukunft bauten; in die jungen Haupt-

leute und Oberleutnants, die aus dem Hunderttausend-Mann-Heer stammen, oft aus dem Mannschaftsstand emporgestiegen und »echte, wehrhafte Soldaten sind«, und endlich in »die jungen Offiziere, die erst durch den Nationalsozialismus in den Stand gesetzt wurden, Soldat zu werden«. Ihnen gilt die folgende Strafpredigt:

»Der Nationalsozialismus, der die neue Wehrmacht schuf, brauchte die jungen Leute. Er nahm sie, weil Offizier-Sein auch Wissensmut bedeutet, vorerst aus der Schicht der Abiturienten. Später wenn es die Zeit zuläßt, werden die Bahnen für alle offen sein. So aber kommen die jungen Offiziere aus der Sicherheit des Bürgertums und genießen den Schutz der finanziellen Sicherheit des Vaters, so wie es auch sein muß.

Das ist der Ursprung der jungen Offiziere — und ihnen gegenüber steht die keinesfalls gleichgeartete Mannschaft unseres Heeres.

Der junge Offizier darf nicht spielerisch sein und läßt, er darf nicht den grauen Rock mit dem nationalsozialistischen Hohenheitsabzeichen tragen, um gut auszugehen und um die Ausgeglichenheit des soldatischen Dienstes als schönen und erfreulichen Beruf zu nehmen.

Die jungen Offiziere dürfen nicht glauben, daß der Nationalsozialismus zusammen mit den Generalen und Stabsoffizieren nur deswegen die Wehrmacht geschaffen habe, daß sie dort eine sichere Zuflucht in ein wohl ausgestattetes Leben haben.«

(Zitiert nach »Wehrhaftes Volk«, Beilage der »Preuß. Ztg.« Nr. 136.)

Das ist mehr als Meckerei — das ist der Ausdruck ernster Besorgnis. Das heißt, deutlicher gesagt: »Wenn der Nationalsozialismus fortfährt, das Offizierskorps mit aufgeblasenen braunen Nullen zu verseuchen, dann ist die ganze, von ihm geschaffene Armee im Ernstfall für die Katze.«

Freifahrt ins Schlammbad

Aus Koblenz läßt sich die »Preuß. Ztg.« berichten:

»Da in gewissen Kreisen, insbesondere in denen der Geistlichkeit, die Tatsachenberichte über die Sittlichkeitsprozesse fort-

gesetzt angezweifelt und als aufgebläht hingestellt werden, sah sich der Kreisleiter von Altentkirchen veranlaßt, an sämtliche Geistliche seines Kreises Einladungen zu lassen zur Teilnahme an den Prozessen für die kommenden Wochen und Monate. Sein Dienstwagen steht jederzeit zur Verfügung. Bei einer größeren Zahl von Anmeldungen werden kostenlose Sammeltransporte organisiert.«

Als ob Prozeß-Aussagen in Deutschland etwas beweisen könnten! Man weiß doch, wie Lubbe präpariert wurde und wie die Gestapo Geständnisse erpreßt.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia. Kontrollpostamt: Poštovní úřad Karlovy Vary 3. — Aufgabepostamt Karlsbad 3.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.35 (3.60), Belgien Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.50), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.